



Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR

5., erweiterte und überarbeitete Auflage



Bundesunmittelbare Stiftung
des öffentlichen Rechts

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR

5., erweiterte und überarbeitete Auflage 2010



Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

IMPRESSUM

Herausgeber:
Dr. Anna Kaminsky
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5 | 10117 Berlin
www.stiftung-aufarbeitung.de
Telefon: +49 (0)30 31 98 95-0
Fax: +49 (0)30 31 98 95-210
E-Mail: buero@stiftung-aufarbeitung.de

5., erweiterte und überarbeitete Auflage
Redaktionsschluss: 30. Oktober 2010
Erstellt und bearbeitet von Ruth Gleinig und Teresa Modler

Layout: ultramarinrot – Büro für Kommunikationsdesign, Berlin
Druck: Pinguin Druck GmbH, Berlin

INHALT

Zum Geleit	7
1. Kurzübersicht/Schnellsuchsystem	9
2. Vereine, Verbände, Initiativen und Institutionen mit Beratungsangeboten	18
2.1. Beratungsangebote in Baden-Württemberg	18
2.2. Beratungsangebote in Bayern	19
2.3. Beratungsangebote in Berlin	20
2.4. Beratungsangebote in Brandenburg	28
2.5. Beratungsangebote in Bremen	34
2.6. Beratungsangebote in Hamburg	34
2.7. Beratungsangebote in Hessen	36
2.8. Beratungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern	38
2.9. Beratungsangebote in Niedersachsen	41
2.10. Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen	44
2.11. Beratungsangebote im Saarland	45
2.12. Beratungsangebote in Sachsen	45
2.13. Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt	52
2.14. Beratungsangebote in Schleswig-Holstein	57
2.15. Beratungsangebote in Thüringen	57
3. Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und ihre Außenstellen	63
4. Übersicht über den Verbleib von Gefangenenakten der ehemaligen DDR	68
5. Rehabilitierungsgesetze für Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR	82
6. Anschriftenverzeichnis für die Durchsetzung rehabilitierungsrechtlicher Ansprüche	86
6.1. Gerichte mit Rehabilitierungskammern	86
6.2. Rehabilitierungsbehörden	87
6.3. Entschädigungsstellen	88
6.4. Behörden für die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer (»Opferrente«)	89
6.5. Versorgungsverwaltungen in den neuen Bundesländern	92
6.6. Hauptfürsorgestellen in den neuen Bundesländern	94
6.7. Behörden zur Regelung offener Vermögensfragen	95
6.8. Landesjustizverwaltungen	96
Literaturhinweise	99
Formular für Neueinträge	101

ZUM GELEIT

Noch während der revolutionären Umbrüche in der DDR begannen die Überlegungen, wie denjenigen, die aus politischen Gründen verfolgt, inhaftiert und benachteiligt worden waren, rechtliche Rehabilitierung und Entschädigung für die ihnen entstandenen Benachteiligungen gegeben werden könnte. Dabei sollte bei der Aufklärung über und der Auseinandersetzung mit Unrecht und Verbrechen, die unter der zweiten, der kommunistischen, Diktatur in Deutschland begangen worden waren, die Fehler vermieden werden, die mit der nur schleppenden Aufarbeitung der NS-Verbrechen verbunden gewesen waren. So wurde noch vor der Wiedervereinigung bereits Anfang 1990 der Versuch unternommen, aus politischen Gründen verhängte Strafurteile zu überprüfen und ggf. zu »kassieren«, also ungültig zu machen. Nach den Verhandlungen zum Einigungsvertrag – aber noch vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 – hat die DDR zudem mit der Verabschiedung eines ersten Rehabilitierungsgesetzes am 6. September 1990 ihren »Selbstreinigungsprozess« weiter vorangetrieben. Dieses Gesetz galt bis zum Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (SED-UnBerG) mit dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz am 4. November 1992. Weitere Unrechtsbereinigungsgesetze bspw. zur Rehabilitierung von Verwaltungsunrecht und Unrecht bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung traten in den Folgejahren in Kraft, wurden wiederholt novelliert und erweitert. Damit wurde auf den veränderten Charakter der Repressionen in der DDR reagiert. Die offene, brutale Repression der vierziger und fünfziger Jahre mit Todesurteilen, Verschleppungen, tausenden von Verschwundenen und teilweise jahrzehntelangen Haftstrafen war einer verdeckten aber nicht minder effektvollen Repression gewichen. Diese zeichnete sich durch »Zersetzung« von politischen Gegnern und ihre Schikanierung und Terrorisierung durch Verwaltungsakte und vielfältige berufliche und schulische Behinderungen aus. Mittlerweile sind mit dem Vierten SED-UnBerG weitere Novellierungen und Verbesserungen eingetreten.

Allerdings fühlen sich viele Betroffene noch immer nicht ausreichend in den erlittenen Schädigungen anerkannt und gesellschaftlich gewürdigt. Dazu beigetragen haben nicht nur die als unzureichend empfundenen gesetzlichen Regelungen und deren Umsetzung im behördlichen Alltag. Als besonders unverständlich empfinden viele Betroffene die nur geringe Zahl von Verurteilungen derer, die für das politische Unrecht und die begangenen Verbrechen verantwortlich waren. Während die Zahl der aus politischen Gründen in Haft gekommenen Menschen auf 250.000–300.000 geschätzt wird, wurden gerade einmal 300 Personen verurteilt; die meisten davon auf Bewährung.

Mittlerweile konnten über 80.000 Menschen rehabilitiert und Entschädigungen in Höhe von ca. 600 Millionen Euro ausgezahlt werden. Weitere etwa 100.000 Menschen, die nicht inhaftiert waren, aber wegen ihrer politischen Überzeugungen auf vielfältige Weise behindert wurden, erhielten ebenfalls Entschädigungen.

Trotz all dieser erfreulichen Entwicklungen in den vergangenen zwanzig Jahren haben die seit 1990 geführten Diskussionen über den Umgang mit den Opfern des Kommunismus/Stalinismus und den Stellenwert, der ihnen in einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur gegeben werden kann, nichts an Aktualität eingebüßt. Trotz aller erreichten Verbesserungen ist es immer noch erforderlich, diejenigen, die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR wurden, bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen. Für viele stellt sich erst bei der Rentenbeantragung die Frage, wie sie ihre Zeiten der politischen Verfolgung nachweisen und woher sie entsprechenden Unterlagen erhalten können; aber auch die Frage, was ihnen an Entschädigung zusteht.

Die am 5. November 2010 erneut verlängerten Antragsfristen auf Rehabilitierung bis zum Jahr 2019, für die sich unsere Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesetzt hat, geben ehemals Verfolgten weiterhin die Möglichkeit, ihre Rechte auf Entschädigungsleistungen einzufordern.

Den Opfern diktatorischer Willkür und jenen, die Widerstand leisteten und dafür büßen mussten, soll mit der vorliegenden Broschüre eine Orientierungshilfe bei der Realisierung ihrer rechtlichen Ansprüche, bei Rehabilitierung und der Suche nach geeigneten Ansprechpartnern gegeben werden. Dieses Werk soll zur Orientierung über Angebote von juristischer, psychologischer und sozialer Hilfe, Betreuung und Beratung dienen. Es soll nicht nur Opfern politischer Verfolgung, Betroffenen und Angehörigen sondern auch in der Beratung Tätigen Hilfestellungen leisten, um schnell an entsprechende Angebote zu kommen und kompetente Ansprechpartner zu finden. Es soll all jenen bei ihrer schweren und verantwortungsvollen Tätigkeit helfen, die sich meist ehrenamtlich in Verbänden, Vereinen und Initiativen für die Opfer der SED-Diktatur engagieren und so einen unverzichtbaren Beitrag im gesamtgesellschaftlichen Prozess der inneren Einigung leisten. Der besondere Dank gilt dabei all jenen vorrangig ehrenamtlich Tätigen, die sich mit ihrem Wirken für die Belange von Opfern politischer Verfolgung einsetzen.

In diesem Band sind aus diesem Grunde all jene Initiativen, Vereine, Verbände und staatlichen Stellen alphabetisch aufgeführt, die auf die eine oder andere Art und Weise Hilfe und Beratung leisten. Zur besseren Übersicht sind die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen aufgeführt.

In diesem Sinne wünsche ich seitens der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dass der Band eine Hilfe für alle Beteiligten darstellen möge.

Dr. Anna Kaminsky
Berlin, November 2010

1. KURZÜBERSICHT/SCHNELLSUCHSYSTEM

Baden-Württemberg

Waldheim-Kameradschaftskreis	18
Brixener Weg 6, 75365 Calw/Heumaden	
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)	
Landesverband Baden-Württemberg	18
Adam-Riese-Straße 14, 75175 Pforzheim	
Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm (BFU)	18
Innere Wallstraße 6, 89077 Ulm	
Doping-Opfer-Hilfe e. V.	19
Luisenstraße 23, 69469 Weinheim	

Bayern

Deutsches Rotes Kreuz Suchdienst	19
Chiemgaustraße 109, 81459 München	
Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Bayern	20
Am Langwieder Bach 19, 81245 Hofheim	

Berlin

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) – Zentrale –	63
Karl-Liebknecht-Straße 31/33, 10178 Berlin	
Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Berlin	20
Scharrenstraße 17, 10178 Berlin	
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG)	21
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin	
Beratungsstelle Gegenwind	21
Bredowstraße 36, 10551 Berlin	
Bürgerbüro e. V.	22
Bernauer Straße 111, 13355 Berlin	

Stiftung Berliner Mauer Bernauer Straße 111, 13355 Berlin	22
Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e. V. (BSV) – Förderverein für Beratungen Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin	23
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e. V. Lindenthaler Allee 6, 14163 Berlin	23
Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. Ruschestraße 103/Haus 14, 10365 Berlin	24
Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen e. V. (OvZ-DDR) Ruschestraße 103, 10435 Berlin	24
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin	25
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin	25
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der CDU-Berlin Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin	26
Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin (BZFO) Turmstraße 21, 10559 Berlin	26
Berliner Krisendienst	26
Brandenburg	
Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Hegelallee 3, 14467 Potsdam	28
BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder Fürstenwalder Poststraße 87, 15234 Frankfurt/Oder	63
BStU-Bürgerberatungsstelle Cottbus Karl-Marx-Straße 67, 03044 Cottbus	64
Opferberatung Brandenburg Steinstraße 12, 14776 Brandenburg	29

Opferberatung Cottbus Gerhard-Hauptmann-Straße 15, 03044 Cottbus	29
Opferberatung Frankfurt/Oder Rosa-Luxemburg-Straße 24, 15230 Frankfurt/Oder	29
Opferberatung Neuruppin Karl-Marx-Straße 33/34, 16816 Neuruppin	30
Opferberatung Potsdam Jägerstraße 36, 14467 Potsdam	30
Opferberatung Senftenberg E.-Thälmann-Straße 66, 01968 Senftenberg	30
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. Bautzener Straße 139, 03050 Cottbus	30
Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V. Frankfurter Straße 4, 15517 Fürstenwalde	31
Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V. Bergmannsweg 9, 03159 Groß-Kölnitz	31
Evangelische Kirchgemeinde Lieberose – Dokumentationsstätte Sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945 – 47 Markt 19, 15868 Lieberose	32
Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V. Schulplatz 2, 04931 Mühlberg/Elbe	32
Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg	33
Sprechstunde für psychische Traumafolgen – Psychiatrische Institutsambulanz der Landesklinik Teupitz Buchholzer Straße 21, 15755 Teupitz	33
Bremen	
Refugio Bremen Parkstraße 2–4, 28209 Bremen	34

Hamburg

Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien Wittekopsweg 36 a, 22415 Hamburg	34
Lagergemeinschaft Workuta/GULag-Sowjetunion Berthold-Schwarz-Straße 14 c, 22147 Hamburg	35
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Hamburg Hanseatenstieg 8, 21522 Hohnstorf	35

Hessen

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V. (ARE) – Zentrum Hessen Im Brühl 9, 34582 Borken	36
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der früheren DDR Hammerbergstraße 9, 34549 Edertal	36
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Hessen In der Römerstadt 146/I, 60439 Frankfurt/Main	36
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Werner-Hilpert-Straße 2, 34112 Kassel	37
Landeszentrale für Politische Bildung Hessen Taunusstraße 4–6, 65183 Wiesbaden	37

Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Jägerweg 2, 19053 Schwerin	38
BStU-Außenstelle Rostock Hohen Tannen 11, 18196 Waldeck-Dummerstorf	64
BStU-Außenstelle Schwerin 19065 Görslow	64
BStU-Außenstelle Neubrandenburg Neustrelitzer Straße 120, 17033 Neubrandenburg	65

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen Hopfenstraße 5 a, 17034 Neubrandenburg	39
Alter Pfarrhof Rambow Kirchstraße 11, 17194 Rambow	39
Rostocker Stadtmission e. V., Seelsorgerliche und psychologische Beratungsstelle Stampfmüllerstraße 41, 18057 Rostock	39
Caritas Mecklenburg e. V. Postfach 102039, 18003 Rostock	40
Caritas Mecklenburg e. V., Referat Soziale Dienste Mecklenburgstraße 38, 19053 Schwerin	40
Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus Am Packhof 8, 19053 Schwerin	40
Helios-Kliniken Schwerin Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Wismarsche Straße 393–397, 19049 Schwerin	41
Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald am Hanse-Klinikum Stralsund Rostocker Chaussee 70, 18437 Stralsund	41

Niedersachsen

Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) Fleinsbachstraße 1/1, 70771 Leinfelden-Echterdingen	41
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Anlaufstelle für Opfer der SBZ/DDR-Diktatur Clemensstraße 17, 30169 Hannover	42
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Niedersachsen Wegsfeld 40 g, 30455 Hannover	42
Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) Bodeweg 68, 30851 Langenhagen	43
Stasiopfer-Selbsthilfe e. V. – Landesverband Niedersachsen 38550 Isenbüttel	43

Nordrhein-Westfalen

Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	44
An der Marienkapelle 10, 53179 Bonn	
Ehrenamtliche Beratung für SED-Opfer e. V.	44
Holtkamp 17, 48477 Hörstel	
Netzwerk Stasiopfer-Selbsthilfe e. V. – Zentrale	44
Niederdorf 2, 49492 Westerkappeln	

Saarland

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Saarland	45
Ehringer Straße 3, 66679 Losheim	

Sachsen

Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	45
Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden	
BStU-Außenstelle Chemnitz	65
Jagdschänkenstraße 56, 09117 Chemnitz	
BStU-Außenstelle Dresden	65
Riesaer Straße 7, 01129 Dresden	
BStU-Außenstelle Leipzig	66
Dittrichring 24, 04109 Leipzig	
Gedenkstätte Bautzen	46
Weingangstraße 8 a, 02625 Bautzen	
Bautzen Komitee e. V.	46
Weingangstraße 8 a, 02625 Bautzen	
Opfer-, Förder- und Dokumentations-Verein Bautzen II e. V. (OFB)	47
Postfach 2020, 02610 Bautzen	
Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR	47
Dülferstraße 1, 01069 Dresden	

Evangelisch-Lutherische Superintendentur Dresden Mitte	48
Haus an der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden	
Institutsambulanz und Tagesklinik für Psychotherapie	48
TU Dresden, Hohe Straße 53, 01187 Dresden	
Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) – Beauftragte für das Land Sachsen	49
Dölzschener Straße 48, 01159 Dresden	
Forum 91 Freiberg e. V.	49
Meißner Ring 8b, 09599 Freiberg	
Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e. V.	49
Schandauer Straße 2, 01848 Hohnstein	
Bürgerkomitee Leipzig e. V.	50
Dittrichring 24, 04109 Leipzig	
Beratungs- und Dokumentationsstelle für Verfolgte stalinistischer Willkür	50
Große Fleischergasse 12, 04109 Leipzig	
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Sachsen	50
Dresdner Straße 6, 01833 Stolpen	
Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.	51
Fischerdörfchen 15, 04860 Torgau	
Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V. – Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens	51
Am Torbogen 5, 08412 Werdau	
Stadtmission Zwickau e. V.	52
Lothar-Streit-Straße 14, 08056 Zwickau	
Sachsen-Anhalt	
Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt	52
Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg	
BStU-Außenstelle Halle/Saale	66
Blücherstraße 2, 06122 Halle	

Gedenkstätte Roter Ochse Am Kirchtor 20 b, 06108 Halle	53
Zeit-Geschichte(n) e. V. Große Ulrichstraße 51, 06108 Halle	53
Verband der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft in Anhalt-Köthen e. V. Am Flugplatz 1, 06366 Köthen	54
BStU-Außenstelle Magdeburg Georg-Kaiser-Straße 4, 39116 Magdeburg	xx
Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 – 1989 Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg	54
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg	55
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Sachsen-Anhalt Heideweg 3, 39126 Magdeburg	55
Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg Haus 1, Leipziger Straße 44, 39120 Magdeburg	56
Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V., Beratungsstelle für Diktaturfolgenberatung Karl-Schmidt-Straße 5 c, 39112 Magdeburg	56
Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn An der BAB 2, 39365 Marienborn	56

Schleswig-Holstein

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Schleswig-Holstein Hebbelweg 13, 24539 Neumünster	57
---	----

Thüringen

Die Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU) Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt	57
Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit Thüringen – Rehabilitation, Wiedergutmachung (Referat 24) Werner-Seelenbinder-Straße 6, 99096 Erfurt	58
BStU-Außenstelle Erfurt Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt	67
BStU-Außenstelle Gera Hermann-Drechsler-Straße 1/Haus 3, 07548 Gera	67
BStU-Außenstelle Suhl Weidbergstraße 34, 98527 Suhl	67
OdS Thüringen e. V. – Opfer des Stalinismus Hauptmarkt 17, 99867 Gotha	59
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte ›Matthias Domaschk‹ (ThürAZ) Camsdorfer Ufer 17, 07749 Jena	59
Beratungsstelle Vergangenheitsaufarbeitung Brunnenstraße 94, 99974 Mühlhausen	59
Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V., Regionalstelle Weimar-Jena – Beratungsinitiative des Freistaats Thüringen Darrtorstraße 11, 07318 Saalfeld	60
Gedenkstätte Buchenwald 99427 Weimar-Buchenwald	60
Initiativgruppe Buchenwald 1945 – 1950 e. V. Burgplatz 3 – 7, 99423 Weimar	61
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Thüringen Dr. Müller-Desterro-Str. 23, 99102 Windischholzhausen	61
Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V. Oberhofer Straße 4, 98544 Zella-Mehlis	62

2. VEREINE, VERBÄNDE, INITIATIVEN UND INSTITUTIONEN MIT BERATUNGSANGEBOTEN

2.1. Beratungsangebote in Baden-Württemberg

— Waldheim-Kameradschaftskreis

Der 1952 gegründete Waldheim-Kameradschaftskreis berät und betreut Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft und engagiert sich für die Aufarbeitung der Diktatur in SBZ und DDR.

Brixener Weg 6 | 75365 Calw/Heumaden
Tel.: (07051) 36 11
Fax: (07051) 7 84 71
Ansprechpartner: Benno Prieß

— Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Baden-Württemberg

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS e. V. hat ihren Sitz in Berlin.

Adam-Riese-Straße 14 | 75175 Pforzheim
Tel.: (07231) 6 24 47
Vorsitzende: Gisela Lotz

— Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm (BFU)

Das 1995 gegründete Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm (BFU) ist eine ambulante Einrichtung, die Therapien für traumatisierte Menschen und Fortbildung für Fachpersonal anbietet. Träger des Zentrums ist der REHA Verein für soziale Psychiatrie Donau-Alb e. V. Es gibt eine Nebenstelle in Ludwigsburg.

Innere Wallstraße 6 | 89077 Ulm
Tel.: (0731) 2 28 36
Fax: (0731) 15 97 90 00
E-Mail: ulm@bfu-ulm.de
Internet: www.bfu-ulm.de

— Doping-Opfer-Hilfe e. V.

Der 1999 gegründete Verein Doping-Opfer-Hilfe e. V. unterstützt ehemalige Leistungssportler, überwiegend aus den neuen Bundesländern, die durch staatlich verordnete, erzwungene Einnahmen von Dopingmitteln körperliche Langzeitschäden davongetragen haben. Die Hilfe kann in medizinischer und/oder juristischer Beratung bestehen. Kostenerstattungen werden dort übernommen, wo Krankenkassen nicht einspringen und Unterstützung nachweislich notwendig ist. In Abhängigkeit von der sozialen Situation können Betroffene eine teilweise Wiedergutmachung in Form von Geldbeträgen erhalten. Durch Dopingmittel hervorgerufene Schäden an Körper und Geist bei Kindern von Leistungssportlern, so genannte »Opfer der zweiten Generation«, sind bekannt und werden betreut. Darüber hinaus engagiert sich die Vereinigung in der Aufklärungsarbeit über die Gefahren bei der Einnahme von leistungssteigernden Mitteln im Jugend- und Breitensport. Der Verein ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Luisenstraße 23 | 69469 Weinheim
Tel.: (06201) 6 10 08
Fax: (06201) 18 24 82
E-Mail: dohev@yahoo.de
Internet: www.dohev.de
Vorsitzender: Klaus Zöllig

Regionalberatung in Brandenburg:
Frau Ines Kunz | Tel.: (030) 3 91 40 00 50

Regionalberatung in Sachsen-Anhalt:
Frau Ute Krieger-Krause | Tel.: (0391) 2 52 53 32

2.2. Beratungsangebote Bayern

— DRK Suchdienst, Standort München

Das Deutsche Rote Kreuz verwaltet den gesamten Datenbestand zu den sowjetischen Speziallagern auf dem Territorium der ehemaligen SBZ/DDR. Der DRK Suchdienst erteilt Auskünfte über ehemalige Häftlinge der Speziallager und erstellt Haftbescheinigungen.

Chiemgaustraße 109 | 81459 München
Tel.: (089) 6 80 77 30
Fax: (089) 68 07 45 92
E-Mail: info@drk-suchdienst.org
Internet: www.drk-suchdienst.org

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) | Landesverband Bayern

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Am Langwieder Bach 19 | 81245 München
Tel.: (089) 8 63 12 24
E-Mail: g.thalacker@vos-ev.de
Vorsitzender: Gerhard Thalacker

2.3. Beratungsangebote Berlin

— Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Berlin

Die Tätigkeit des Berliner Landesbeauftragten ist im »Gesetz über den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR im Land Berlin« (LStUG) vom 20.11.1992 geregelt. Er unterstützt die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), die gemäß Stasi-Unterlagengesetz (StUG) die Unterlagen verwaltet und den Zugang gewährt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Der Landesbeauftragte berät gemäß StUG § 38 Abs. 3 und LStUG § 1 Abs. 3

- zur Antragstellung und zum Recht auf Auskunft, zur Einsicht und Herausgabe von Stasiakten nach dem Stasi-Unterlagengesetz (StUG)
- zur Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Unrecht nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen: dem strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG, VwRehaG, BerRehaG), u.a. auch zur Rentenberatung
- zur Behandlung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden (zu Selbsthilfegruppen, Einzeltherapie, Anerkennung von Folgeschäden, ärztlichen Gutachten)
- zu Archiven, in denen sich wichtige Unterlagen aus der Zeit der ehemaligen DDR befinden
- zu Problemen, die sich aus der Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ergeben
- zu Fragen und Problemen, die sich von der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes her stellen.

Scharrenstraße 17 | 10178 Berlin
Tel.: (030) 24 07 92 – 0
Fax: (030) 24 07 92 99
E-Mail: LStU-Berlin@t-online.de
Internet: www.berlin.de/lstu/
Landesbeauftragter: Martin Gutzeit
Ansprechpartner: Jens Planer-Friedrich

— Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG)

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) wurde 1991 als Dachverband der Opferverbände und Ansprechpartner für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gegründet. Sie vereinigt heute mehr als 30 Verbände und Initiativen. Die UOKG sieht ihre vornehmliche Aufgabe in der Koordination aller Opfer- und Häftlingsverbände, in der Aufklärung und Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen, in der Beratung und Unterstützung der Opfer, in der Vertretung ihrer Forderungen bei Parlamenten und Regierungen, in der Klärung des Schicksals Verschleppter, in der Auffindung und würdigen Gestaltung von Gräbern und Grabfeldern und in der Herausgabe von Publikationen. Die UOKG steht auch deutschen Organisationen offen, die sich mit der Geschichte der SBZ/DDR beschäftigen und keine expliziten Verfolgtenverbände sind. Die UOKG ist Mitherausgeber der Informationszeitschrift »Der Stacheldraht«.

Postanschrift: Ruschestraße 103 | Haus 1 | 10365 Berlin
Hausanschrift: Frankfurter Allee 187 | 10365 Berlin
Tel: (030) 55 77 93-51 (Geschäftsstelle)
Fax: (030) 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de
Internet: www.uokg.de
Vorsitzender: Rainer Wagner
Geschäftsführer: Theodor Mittrup
Sprechzeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr

Sprechzeiten der Beratungsstelle: Mo – Fr 10.00 – 16.00 Uhr
Ansprechpartner:
Carola Schulze
Tel.: (030) 55 77 93 52
E-Mail: schulze@uokg.de
Florian Kresse
Tel.: (030) 55 77 93 53
E-Mail: kresse@uokg.de

— Gegenwind – Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur

Die Beratungsstelle Gegenwind wurde 1998 für Menschen eröffnet, die unter der SED-Diktatur politischer Verfolgung, Inhaftierung und psychischer Zersetzung ausgesetzt waren. Drei MitarbeiterInnen bieten hier psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung an. Das Angebot der Beratungsstelle umfasst psychotherapeutische Hilfen bei Folgeerkrankungen nach politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen, die Beratung von Angehörigen, die Initiierung von Selbsthilfegruppen und die Anleitung von Gruppen zur Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen. Des Weiteren unterstützt die Beratungs-

stelle Einrichtungen zur Beratung ehemals politisch Verfolgter mit Weiterbildungsangeboten und Supervision. Gutachten zum medizinischen Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden werden nur auf Anfrage von Versorgungsämtern oder Sozialgerichten erstellt.

Bredowstraße 36 | 10551 Berlin
 Tel.: (030) 39 87 98-11 oder -12
 Fax: (030) 39 87 98 13
 E-Mail: kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de
 Internet: www.beratungsstelle-gegenwind.de
 Ansprechpartner: Stefan Trobisch-Lütge, Bettina Kielhorn, Stefanie Knorr
 Sprechzeiten: Mo, Di und Do 9.00–12.00 Uhr

— Bürgerbüro e. V.

Schwerpunkt der Tätigkeit des seit 1996 bestehenden Vereins »Bürgerbüro e. V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur« ist die Vertretung der Interessen ehemals politisch Verfolgter in der SBZ/DDR gegenüber staatlichen Institutionen. Das Bürgerbüro berät und begleitet Betroffene bei der Antragstellung zur Rehabilitierung und Entschädigung, bei der Akteneinsicht sowie bei Fragen zum Rentenrecht. Darüber hinaus vermittelt der Verein im Bedarfsfall kompetente psychosoziale Betreuungs- bzw. Beratungsstellen. Des Weiteren engagiert sich das Bürgerbüro mit eigenen Publikationen und Projekten sowie in Kooperation mit anderen Einrichtungen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Bernauer Straße 111 | 13355 Berlin
 Tel.: (030) 4 63 48 06
 Fax: (030) 4 63 57 18
 E-Mail: info@buergerbuero-berlin.de
 Internet: www.buergerbuero-berlin.de
 Geschäftsführerin: Helga Schwabe
 Ansprechpartner: Esther Schabow, Friederike Reininghaus

— Stiftung Berliner Mauer

Die Stiftung Berliner Mauer mit ihren Standorten Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde dokumentiert und vermittelt die Geschichte der Berliner Mauer und der deutsch-deutschen Fluchtbewegungen. Zweck der Stiftung ist es darüber hinaus, die historischen Orte zu bewahren und ein würdiges Gedenken der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu ermöglichen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Stiftung gilt deshalb der Zusammenarbeit mit Zeitzeugen. Im Zeitzeugenarchiv beider Standorte werden die Erinnerungen von Menschen gesammelt, aufbewahrt

und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die aus der DDR geflüchtet sind oder durch den Mauerbau und die Teilung betroffen waren. Anhand der Erinnerungen werden die unterschiedlichen Reaktionen der Menschen auf die politisch-historischen Ereignisse dokumentiert. Gleichzeitig können die Erfahrungen jedes Einzelnen die Geschichte für nachfolgende Generationen konkret und erfahrbar machen. Zeitzeugen werden deshalb in die verschiedensten Arbeitsbereiche der Stiftung einbezogen: in die Gedenkveranstaltungen, die Ausstellungs- und Bildungsarbeit sowie in Veranstaltungen. Ihre Geschichten werden in Publikationen veröffentlicht.

Stiftung Berliner Mauer | Bernauer Straße 111 | 13355 Berlin
 Tel.: (030) 467 98 66-66
 Fax: (030) 467 98 66-77
 Internet: www.stiftung-berliner-mauer.de

Ansprechpartnerin: Dr. Maria Nooke (Stellvertretende Direktorin)
 Tel.: (030) 467 98 66-63
 Fax: (030) 467 98 66-78
 E-Mail: nooke@berliner-mauer-gedenkstaette.de

— Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e. V. (BSV) – Förderverein für Beratungen

Der Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e. V. (BSV) wurde im Januar 1990 gegründet. Er berät und unterstützt Personen, die zwischen 1944 und 1989 Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft wurden, zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Postanschrift: Ruschestraße 103 | Haus 1 | 10365 Berlin
 Hausanschrift: Frankfurter Allee 187 | Haus 14 | 10365 Berlin
 Tel.: (030) 55 49 63 34
 Fax: (030) 55 49 63 35
 E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Ansprechpartnerin: Elke Weise
 Sprechzeiten: Di 9.00–18.00 Uhr, Mi und Do 10.00–16.00 Uhr
 (telefonische Voranmeldung erbeten)

— Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V.

Die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V. wurde 1991 gegründet. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit steht die Beratung und Betreuung von ehemaligen Inhaftierten des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen Nr. 7/Nr. 1 bzw. politisch Verfolgten in der SBZ/DDR und deren Angehörigen, sowie die Ermittlung von Schicksalen ehemaliger Inhaftierter des Speziallagers Sachsenhausen. Darüber hinaus hält der Verein die Erinnerung an das Leiden und die Entbehrungen

der Häftlinge des Speziallagers wach. Die Arbeitsgemeinschaft verfügt über eine Sammlung von Materialien und Dokumenten zur Geschichte des Speziallagers Sachsenhausen. Sie ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Lindenthaler Allee 6 | 14163 Berlin
Tel.: (030) 802 84 76 und (030) 80 19 58 10
E-Mail: victoria.heydecke@googlemail.com
Internet: www.lager-sachsenhausen.de
Vorsitzende: Victoria Heydecke

— Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V.

Das Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. wurde 1992 in Leipzig gegründet. Der Verein begleitet und berät Opfer der SED-Diktatur zu Fragen der straf- und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation und Wiedergutmachung, insbesondere in Fällen (wirtschafts-)politischer Verfolgung und so genannter Verbrechen gegen sozialistisches Eigentum, die Volkswirtschaft und staatliche Ordnung. Schwerpunkt der Vereinsarbeit ist die gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, gestützt auf Veranstaltungsangeboten, Dokumentationen zu Justizverbrechen sowie Projekten zur Thematik des Staatssicherheitsdienstes.

Ruschestraße 103 | Haus 14 | 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 15 59 86
Fax: (030) 55 15 59 86
E-Mail: forum_aufklaerung@yahoo.de
Internet: www.ddr-diktatur.de
Ansprechpartner: Reinhard Dobrinski, Carola Winkler

— Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen e. V. (OvZ-DDR)

Ziel des Vereins ist die Aufarbeitung der DDR-Geschichte insbesondere unter dem Gesichtspunkt durchgeführter Zwangsadoptionen und Kindeswegnahmen. Der Verein unterstützt die Forschung nach leiblichen Familien und deren Zusammenführung sowie die Zusammenarbeit mit Behörden und die Begleitung Betroffener bei Behördengängen. Eine vom Verein initiierte Selbsthilfegruppe in Leipzig soll Betroffenen helfen, das Erlebte zu verarbeiten.

Postanschrift: Ruschestraße 103 | 10435 Berlin
Hausanschrift: Frankfurter Allee 187 | 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 77 93 54
Fax: (030) 55 77 93 40
E-Mail: katrinBehr@zwangsadoptierte-kinder.de oder behr@uokg.de
Internet: www.zwangsadoptierte-kinder.de, www.personen-suche-ddr.de
Ansprechpartnerin: Katrin Behr

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) – Bundesgeschäftsstelle

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die VOS ist in den einzelnen Bundesländern in Landes- und Bezirksgruppen vertreten. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die VOS wirkte in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik aktiv bei der Entstehung von Gesetzen zur Hilfe für ehemalige politische Häftlinge und bei der Errichtung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge mit. Die Vereinigung gibt das Mitteilungsblatt »Freiheitsglocke« heraus und verfügt über ein umfangreiches Archiv, das ihr jahrzehntelanges Wirken sowie besondere Opfergeschicksale dokumentiert.

Hardenbergplatz 2 (Zoobogen, 6. Etage) | 10623 Berlin
Tel.: (030) 26 55 23 80
Fax: (030) 26 55 23 82
E-Mail: vos-berlin@vos-ev.de
Internet: www.vos-ev.de
Bundesvorsitzender: Johannes Rink
Ansprechpartner: Hugo Diederich
Sprechzeiten: Di und Do 14.00–17.00 Uhr

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Berlin-Brandenburg

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar.

Hardenbergplatz 2 (Zoobogen, 6. Etage) | 10623 Berlin
Tel.: (030) 25 46 26 38
Fax: (030) 23 00 56 23
E-Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Ansprechpartner: Hartmut Richter, Ronald Lässig
Sprechzeiten: Mo–Fr 10.00–16.00 Uhr

— Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der CDU-Berlin

Der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge Berlin wurde 1954/55 gegründet. Ihm gehören überwiegend Frauen und Männer an, die in den Jahren 1945–1957 in der Haftanstalt Bautzen inhaftiert waren. Er arbeitet mit den Arbeitskreisen ehemaliger politischer Häftlinge der CDU in Bonn und Emden zusammen. Neben der Opferberatung und -betreuung steht die Aufarbeitung der Geschichte der Bautzener Haftanstalten im Vordergrund der Arbeit. Darüber hinaus besteht ein Mitgliederarchiv, in dem Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge und Publikationen zu ihrer Haft in Bautzen archiviert werden.

Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Tel.: (030) 22 07 04 61
Fax: (030) 22 07 04 69
Internet: www.omv.cdu.de
Vorsitzender: Heinz Greifenhain

— Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin (bzfo)

Das Behandlungszentrum für Folteropfer (bzfo) Berlin wurde 1992 gegründet. Opfer von organisierter staatlicher Gewalt und traumatisierte Kriegsflüchtlinge aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen erhalten im bzfo Hilfe bei körperlichen Leiden, seelischen Langzeitschädigungen und psychosomatischen Störungen. Das Psychotherapieangebot umfasst zahlreiche Therapieformen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche sowie ambulante und tagesklinische Behandlung. Darüber hinaus bietet das Behandlungszentrum Supervisionen und Weiterbildungen an und erstellt Gutachten zum gerichtsmedizinischen Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden für Verwaltungs- und Sozialgerichte im Rahmen von Entschädigungsverfahren.

Im Zentrum ÜBERLEBEN
GSZ Moabit (Haus K, Eingang C) | Turmstraße 21 | 10559 Berlin
Tel.: (030) 39 06-0
Fax: (030) 30 61 43 71
E-Mail: info@bzfo.de
Internet: www.bzfo.de oder www.ueberleben.org
Ansprechpartnerin: Dr. Mechthild Wenk-Ansohn
Telefonsprechzeiten: Do 14.00–15.00 Uhr

— Berliner Krisendienst

Der Berliner Krisendienst (BKD) bietet im Berliner Stadtgebiet Hilfesuchenden in seelischen Krisensituationen Hilfe und Unterstützung. Der BKD kann auch als erste Anlaufstelle für jene Menschen dienen, die im Zusammenhang mit politischer Verfolgung in der DDR in akute Krisen geraten. In

sechs Regionen Berlins (Mitte, West, Süd-West, Ost, Nord, Süd-Ost) sind neun Standorte täglich, auch an Sonn- und Feiertagen, von 16.00–24.00 Uhr geöffnet. Zu diesen Zeiten können Hilfesuchende die Berater telefonisch kontaktieren oder den nächstgelegenen Standort aufsuchen, um vor Ort ein Gespräch zu führen. Außerhalb dieser Öffnungszeiten wird jeder Anruf automatisch an den überregionalen Bereitschaftsdienst weitergeleitet, der einen wichtigen Teil der Krisenversorgung täglich von 24.00–16.00 Uhr im Berliner Stadtgebiet wahrnimmt (an Werktagen von 8.00–16.00 Uhr nur telefonische Information und Weitervermittlung).

Region Mitte (Mitte, Friedrichshain/Kreuzberg)
Krausnickstraße 12 a | 10115 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 10

Region Nord (Pankow)
Mühlenstraße 48 | 13187 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 40

Region Nord (Reinickendorf)
Berliner Straße 25 | 13507 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 50

Region Ost (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf)
Irenenstraße 21 A | 10317 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 70

Region Südwest (Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof/Schöneberg)
Albrechtstraße 7 | 12165 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 60

Region West (Charlottenburg, Wilmersdorf)
Horstweg 2 | 14059 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 20

Region West (Spandau)
Charlottenstraße 13 | 13597 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 30

Region Süd-Ost (Treptow, Köpenick)
Spreestraße 6 | 12439 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 80

Region Süd-Ost (Neukölln)
Karl-Marx-Straße 23 | 12043 Berlin
Tel.: (030) 3 90 63 90

2.4. Beratungsangebote in Brandenburg

— Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Die Tätigkeit der Landesbeauftragten ist im Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Brandenburgisches Aufarbeitungsbeauftragtengesetz) vom 7. Juli 2009, geändert am 1. März 2010, geregelt.

Die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, die von der kommunistischen Diktatur verfolgt wurden. Dazu gehören Verfolgungen in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 bis zum Oktober 1990 wegen Widerstands und Aufbegehrens oder aus Willkür, aber auch biographische Bezüge, die vor das Jahr 1945 reichen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten und unterstützen:

- bei der Antragstellung, Einsicht und Herausgabe von Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR nach den geltenden Regelungen des Stasiunterlagengesetzes
- bei der Suche nach Wegen des Umgangs mit der belastenden Vergangenheit und der Rehabilitation des erlittenen Unrechts
- bei der Beantragung der strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation von politischer Verfolgung oder rechtsstaatswidrig willkürlichen Handlungen des SED-Regimes gegen den einzelnen Bürger
- bei der Suche nach persönlichen Unterlagen, die die politische Verfolgung oder den rechtsstaatswidrigen Eingriff in das Leben des Einzelnen dokumentieren
- bei der Beantragung und Durchsetzung von Rechten auf Entschädigung und Ausgleichsleistungen nach erfolgter Rehabilitation
- bei der Beantragung der Anerkennung von gesundheitlichen Verfolgungsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz
- bei der Suche nach Behandlungsmöglichkeiten von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden und therapeutischen Hilfsangeboten, um die Lebensumstände der Betroffenen zu verbessern.

Regelmäßig bietet die Bürgerberatung der Landesbeauftragten Sprechstunden in den Regionen des Landes Brandenburg an.

Hegelallee 3 | 14467 Potsdam
Tel.: (0331) 23 72 92-0
Fax: (0331) 23 72 92 29
E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
Internet: www.aufarbeitung.brandenburg.de

Landesbeauftragte: Ulrike Poppe
Ansprechpartner: Petra Morawe, Reinhard Schult
E-Mail: petra.morawe@lakd.brandenburg.de, Reinhard.schult@lakd.brandenburg.de
Sprechzeiten: Beratungstermine vor Ort werden auf der Homepage veröffentlicht

— Opferhilfe Land Brandenburg e. V.

Das Beratungs- und Betreuungsangebot der Opferhilfe Land Brandenburg e. V. richtet sich insbesondere an Opfer und Zeugen von Straftaten und Gewalt in der Region Brandenburg. Der Verein unterhält Beratungsstellen in den Städten Brandenburg, Cottbus, Frankfurt/Oder, Neuruppin, Potsdam und Senftenberg. Es werden persönliche und bei Bedarf auch therapeutische Gespräche durchgeführt. Darüber hinaus bietet die Opferhilfe e. V. Hilfe und Unterstützung bei der Antragstellung zur Rehabilitation und Entschädigung für erlittenes Unrecht in der DDR. Auf Wunsch werden Kontakte zu anderen Einrichtungen hergestellt und gegebenenfalls Psychotherapien vermittelt.

Opferberatung Brandenburg
Steinstraße 12 | 14776 Brandenburg/Havel
Tel.: (03381) 22 48 55
Fax: (03381) 20 88 71
E-Mail: brandenburg@opferhilfe-brandenburg.de
Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de
Ansprechpartnerin: Annett Fischer
Sprechzeiten: Di 15.00–18.00 Uhr, Do 10.00–14.00 Uhr

Opferberatung Cottbus
Gerhard-Hauptmann-Straße 15 | Ärztehaus Cottbus Nord | 03044 Cottbus
Tel.: (0355) 7 29 60 52
Fax: (0355) 7 29 60 52
E-Mail: cottbus@opferhilfe-brandenburg.de
Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de
Ansprechpartnerin: Dr. Ursula Strzodka
Sprechzeiten: Mo 12.00–16.00 Uhr, Do 14.00–18.00 Uhr

Opferberatung Frankfurt/Oder
Rosa-Luxemburg-Straße 24 | 15230 Frankfurt/Oder
Tel.: (0335) 6 65 92 67
Fax: (0335) 6 65 92 67
E-Mail: frankfurt@opferhilfe-brandenburg.de
Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de
Ansprechpartnerin: Beate Lemke
Sprechzeiten: Di 14.00–18.00 Uhr, Do 10.00–14.00 Uhr

Opferberatung Neuruppin

Karl-Marx-Straße 33/34 | 16816 Neuruppin

Tel.: (03391) 51 23 00

Fax: (03391) 51 23 00

E-Mail: neuruppin@opferhilfe-brandenburg.de

Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de

Ansprechpartnerin: Tina Dietz

Sprechzeiten: Di 14.00–18.00 Uhr, Do 9.00–13.00 Uhr

Opferberatung Potsdam

Jägerstraße 36 | 14467 Potsdam

Tel.: (0331) 2 80 27 25

Fax: (0331) 6 20 07 50

E-Mail: potsdam@opferhilfe-brandenburg.de

Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de

Ansprechpartnerin: Rosmarie Priet

Sprechzeiten: Mo 12.00–16.00 Uhr, Mi 15.00–19.00 Uhr

Opferberatung Senftenberg

E.-Thälmann-Straße 66 | 01968 Senftenberg

Tel.: (03573) 14 03 34

Fax: (03573) 14 74 96

E-Mail: senftenberg@opferhilfe-brandenburg.de

Internet: www.opferhilfe-brandenburg.de

Ansprechpartner: Christel Murowski; Heiko Wernecke

Sprechzeiten: Di 14.00–18.00 Uhr, Fr 10.00–14.00 Uhr

— Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.

Der Verein »Menschenrechtszentrum Cottbus« gründete sich am 31. Oktober 2007 nach einem Treffen von mehreren hundert ehemaligen politischen Gefangenen und interessierten Bürgern in der ehemaligen Haftanstalt Cottbus. Ziel des Menschenrechtszentrums ist es, die Geschichte der Haftanstalt während der nationalsozialistischen und realsozialistischen Diktatur aufzuarbeiten. Zu den Aufgaben des Menschenrechtszentrums gehören u. a. die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Haftanstalt, die Dokumentation von Zeitzeugenaussagen und eine möglichst zügige Einrichtung einer Anlaufstelle für ehemalige politische Gefangene.

Bautzener Straße 139 | 03050 Cottbus

Tel.: (0355) 4 83 83 33 oder 0176 10 22 35 46

Fax: (0355) 43 09 01 37

E-Mail: info@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Internet: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Vorsitzender: Dieter Dombrowski

Ansprechpartner: Günter Fiebig, Siegmund Faust (Geschäftsführer)

— Initiativegruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e. V.

Die 1990 gegründete Initiativegruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e. V. hat sich zur Aufgabe gemacht, »die Erinnerungen an die Leiden und Opfer des Internierungslagers Ketschendorf wach zu halten und ihr Andenken zu ehren, die Errichtung, Gestaltung und Pflege würdiger Stätten der Mahnung und des Gedenkens zu fördern, die Feststellung und Sicherung von Massengräbern mit namenlos verscharrten Opfern zu unterstützen, sich um die Pflege und wahrheitsgerechte Kennzeichnung der Sammelgräber von Ketschendorfer Toten auf dem Zentralfriedhof in Halbe zu bemühen, öffentliches Gedenken für die Opfer und Zusammenkünfte der ehemaligen Insassen und ihrer Hinterbliebenen zu veranstalten, Materialien über das Internierungslager Ketschendorf zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie sich der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und Willkür in den Internierungslagern der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone zu widmen, mit anderen Gruppen und Verbänden zusammenzuarbeiten, die sich gleichgerichteten Zwecken verpflichtet fühlen und mit ihnen Informationen und Erfahrungen auszutauschen.« (aus der Satzung). Der Verein ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Frankfurter Straße 4 | 15517 Fürstenwalde

Tel.: (03361) 30 78 73

Ansprechpartner: Eckhard Fichtmüller

Sprechzeiten: Di 10.00–16.00 Uhr

— Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e. V.

Schwerpunkte der Tätigkeit der 1992 gegründeten Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz sind die Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers Jamlitz, die Beratung von Opfern politischer Verfolgung, die Klärung von Schicksalen ehemaliger Lagerinsassen sowie die Pflege des Kontaktes zu den Familien der Opfer des Lagers. Darüber hinaus stellen sich die Mitglieder der Initiativegruppe als Zeitzeugen für Gespräche an Schulen bzw. mit interessierten Personen oder Institutionen zur Verfügung. Der Verein ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Bergmannsweg 9 | 03159 Groß-Közig

Tel.: (035600) 65 52

E-Mail: kurt-noack@lycos.de

Vorsitzender: Kurt Noack

— **Evangelische Kirchengemeinde Lieberose –
Dokumentationsstätte Sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945 – 47**

Die Evangelische Kirchengemeinde Lieberose ist Träger der Dokumentationsstätte Sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945–1947. Diese arbeiten eng mit der Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e. V. zusammen. Das Angebot der Dokumentationsstätte besteht in Führungen, Gedenkveranstaltungen und Beratungen zu Fragen der Schicksalsklärung. Darüber hinaus führt die Dokumentationsstätte Forschungen zum Speziallager Jamlitz durch und verfügt über ein Archiv sowie eine Spezialbibliothek zum Speziallager Nr. 6.

Markt 19 | 15868 Lieberose
Tel.: (033671) 26 82
E-Mail: info@die-lager-jamlitz.de
Internet: www.die-lager-jamlitz.de
Ansprechpartner: Andreas Weigelt

— **Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.**

Die Initiativegruppe Lager Mühlberg e. V. hat sich im September 1990 gegründet. Sie betreut und berät ehemals politisch Verfolgte der SBZ/DDR zu Fragen der Rehabilitation und setzt sich insbesondere für die Aufarbeitung der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Stalag IV B und des NKWD-Speziallagers Nr. 1 ein. Hierbei werden Zeitzeugenbefragungen ausgewertet, sowie Materialien aus russischen Archiven gesammelt und übersetzt, um die Erinnerung an die Opfer wach zu halten. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden publiziert. Die Initiativegruppe ist Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Schulplatz 2 | 04931 Mühlberg/Elbe
Tel.: (035342) 8 74 87
Fax: (035342) 8 74 88
E-Mail: lager-muehlberg@t-online.de
Vorsitzender: Matthias Taatz
Ansprechpartnerin: Angelika Stamm

— **Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen**

Zu den satzungsmäßigen Aufgaben der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen gehört die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation der Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1. Im Dezember 2001 wurde zu diesem Zweck das Museum »Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen 1945–1950« eröffnet. Ehemalige Häftlinge und deren Angehörige können zudem in der Gedenkstätte auf der Grundlage deutscher und sowjetischer Quellen individuelle Auskünfte zur Schicksalsklärung erhalten. Anträge können per Post oder per Antragsformular auf der Internetseite der Gedenkstätte gestellt werden. Die Gedenkstätte Sachsenhausen sammelt Zeitzeugenberichte, persönliche Dokumente und Fotos zum Schicksal von Inhaftierten und deren Angehörigen.

Straße der Nationen 22 | 16515 Oranienburg
Tel.: (03301) 81 09 16
Fax: (03301) 81 09 28
E-Mail: info@gedenkstaette-sachsenhausen.de
Internet: www.gedenkstaette-sachsenhausen.de
Ansprechpartner: Alexander Heinert

— **Sprechstunde für psychische Traumafolgen – Psychiatrische
Institutsambulanz der Landeslinik Teupitz**

Die Institutsambulanz der Landeslinik Teupitz bietet eine spezielle Sprechstunde für psychische Traumafolgen an, die sich u. a. an Betroffene von politischer Verfolgung und Inhaftierung wendet. Das Angebot der Sprechstunde beinhaltet persönliche und telefonische Beratung und Information, Kurzzeittherapie (3–6 Sitzungen) oder auch eine längerfristige ambulante Psychotherapie. Im Bedarfsfall werden Betroffene an spezielle Ansprechpartner weitervermittelt.

Buchholzer Straße 21 | 15755 Teupitz
Tel.: (033766) 66-179
Fax: (033766) 6 22 41
Ansprechpartnerin: Evelin Tippel
Telefonzeiten: Mo – Fr 8.00–12.00 Uhr; Mo, Di, Do 14.00–17.00 Uhr

2.5. Beratungsangebote in Bremen

— REFUGIO Bremen e. V.

Der Verein REFUGIO e. V. wurde 1989 gegründet und betreibt seit 1990 ein psychosoziales Beratungs- und Behandlungszentrum für ausländische Flüchtlinge und Folterüberlebende. Das Angebot von REFUGIO umfasst psychosoziale und psychologische Beratung, Beratung und Überweisung bei rechtlichen Fragen, Hilfe bei der Bewältigung von Krisen und Krisenintervention, Psycho- und Traumatherapie für Einzelpersonen, Paare und Familien sowie verschiedene Selbsthilfegruppen. Weiterhin bietet REFUGIO e. V. Supervisionen und Weiterbildungen für MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens und der Flüchtlingsarbeit an. Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Folter, Flucht, Trauma und Traumatherapie sowie Netzwerkarbeit zählen ebenso zu den Aufgaben.

Parkstraße 2–4 | 28209 Bremen
 Tel.: (0421) 3 76 07 49
 Fax: (0421) 3 76 07 22
 E-Mail: info@refugio-bremen.de
 Internet: www.refugio-bremen.de
 Ansprechpartnerin: Ingrid Koop
 Sprechzeiten: Mo, Mi - Fr 10.00–13.00 Uhr, Di 11.00–13.00 Uhr

2.6. Beratungsangebote in Hamburg

— Initiativegruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

Die Initiativegruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien sammelt und archiviert Daten und Berichte zu ehemaligen Häftlingen des Gefangenenlagers Tost. Darüber hinaus unterstützt sie Angehörige und Hinterbliebene bei der Klärung von Schicksalen. Seit 1993 organisiert die Initiativegruppe Busreisen zu den Gedenkfeiern an der 1998 errichteten Gedenkstätte am historischen Ort. Die Initiativegruppe ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Wittekopsweg 36 a | 22415 Hamburg
 Tel.: (040) 53 32 05 99
 Fax: (040) 53 32 05 77
 E-Mail: sybkraegel@aol.com
 Ansprechpartnerin: Sybille Krägel

— Lagergemeinschaft Workuta/GULag-Sowjetunion

Die Lagergemeinschaft Workuta/GULag-Sowjetunion ist ein Verband ehemaliger politischer Häftlinge des Kommunismus, die nach ihrer Verurteilung durch Sowjetische Militärtribunale in den Strafregionen des sowjetischen GULag waren. Ihr gehören auch Angehörige der verstorbenen ehemaligen politischen Häftlinge an. Die Lagergemeinschaft engagiert sich seit vielen Jahren für Personen bzw. deren Angehörige, die nach Russland verschleppt und in den sowjetischen Straflagern inhaftiert wurden. Sie berät und betreut Betroffene zu Fragen der Rehabilitierung und unterstützt in Zusammenarbeit mit deutschen und russischen Behörden die Klärung von Schicksalen und die Zustellung persönlicher Dokumente, die sich in den Häftlingsunterlagen russischer Archive befinden. Die Lagergemeinschaft ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Berthold-Schwarz-Straße 14 c | 22147 Hamburg
 Tel.: (040) 28 94 83 58
 Fax: (040) 6 47 21 36
 E-Mail: horst.schueler@superkabel.de
 Internet: www.workuta.de
 Vorsitzender: Horst Schüler

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Hamburg

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Hanseatenstieg 8 | 21522 Hohnstorf
 Tel.: (04139) 69 57 95
 Fax: (04139) 69 67 39
 E-Mail: u.rutkowski@vos-ev.de
 Vorsitzender: Uwe Rutkowski

2.7. Beratungsangebote in Hessen

— Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE) – Zentrum Hessen

Die ARE e.V. versteht sich als Nahtstelle von Opfer- und Geschädigtenverbänden im In- und Ausland sowie als Ansprechpartner für Einzelpersonen und Gruppen von Geschädigten der SED-Diktatur. Sie vermittelt vorwiegend die Zusammenarbeit bei der Realisierung von Restitutionsansprüchen nach dem Entschädigungsgesetz (EALG) sowie bei der Vermögensauseinandersetzung nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG). Der Verein ist vermittelnd tätig, erteilt selbst keine Rechtsauskünfte und nimmt keine Rechtsberatungen vor.

Im Brühl 9 | 34582 Borken
Tel.: (05682) 73 08 12
Fax: (05682) 73 08 13
E-Mail: info@are.org
Internet: www.are-org.de
Vorsitzender: Manfred Graf von Schwerin

— Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der früheren DDR

Der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der früheren DDR hat sich 1956 gegründet. Ihm gehören Frauen und Männer an, die nach 1945 aus politischen Gründen in Gefängnissen der SBZ/DDR inhaftiert waren. Der Arbeitskreis führt Beratungen zu Rehabilitierung und Wiedergutmachung für Opfer politischer Verfolgung durch. Darüber hinaus wirkt der Arbeitskreis an der Aufarbeitung und Aufklärung zu Geschichte und Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR mit.

Hammerbergstraße 9 | 34549 Edertal
Tel.: (05623) 21 47
Fax: (05623) 93 51 78
E-Mail: heinze-edersee@t-online.de
Ansprechpartner: Werner Heinze

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

In der Römerstadt 146/I | 60439 Frankfurt/Main
Tel.: (069) 58 32 17
E-Mail: a.selten@vos-ev.de
Vorsitzender: Arno Selten

— Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. ist eine humanitäre Organisation, die sich im Dezember 1919 gegründet hat. Im Auftrag der Bundesregierung widmet sich die Vereinigung der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Des Weiteren möchte er das Gedenken an die Kriegstoten bewahren sowie die Folgen von Krieg und Gewalt verdeutlichen. Der Volksbund betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, berät öffentliche und private Stellen, unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge und fördert die Begegnung junger Menschen in Workcamps und Jugendbegegnungsstätten.

Werner-Hilpert-Straße 2 | 34112 Kassel
Tel.: (0561) 7 00 91 30
Fax: (0561) 7 00 92 70
E-Mail: info@volksbund.de
Internet: www.volksbund.de
Präsident: Reinhard Führer

— Landeszentrale für Politische Bildung Hessen

Die Landeszentrale für politische Bildung Hessen ist eine Einrichtung des Landes und unmittelbar dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Im September 2009 wurde innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung das Schwerpunktprojekt »Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-Diktatur« eingerichtet. Das Projekt soll insbesondere erste Hilfestellung im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR geben, sowie Hilfe bei Antragsstellung der so genannten »Opferrente« für politische Häftlinge in der ehemaligen DDR und Weitervermittlung an andere Beratungsstellen in Hessen. Außerdem soll ein landes- und bundesweites Netzwerk zum Thema »Aufarbeitung der SED-Diktatur« insbesondere mit Bezug auf das Land Hessen aufgebaut werden.

Taunusstraße 4–6 | 65183 Wiesbaden
Tel.: (0611) 32 40 71
Fax: (0611) 32 40 77
Ansprechpartnerin: Jutta Fleck
E-Mail: jutta.fleck@hlz.hessen.de
Internet: www.hlz.hessen.de

2.8. Beratungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern

— Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Tätigkeit der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist im »Ausführungsgesetz zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unterlagen-Gesetz-Ausführungsgesetz-StUG-AG)« vom 06.01.93 geregelt. Die Landesbeauftragte unterstützt die Bundesbeauftragte (BStU) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Sie berät sie zu landesspezifischen Besonderheiten bei der Verwendung der Unterlagen. Sie ist damit Ansprechpartner für die Bürger, die Verwaltung und sonstige Stellen in Mecklenburg-Vorpommern in allen Fragen, die sich auch heute noch aus der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ergeben.

Die Landesbeauftragte berät zu Fragen der Antragstellung, zum Recht auf Auskunft, zur Einsicht und Herausgabe von Stasi-Akten; zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgung; zu Problemen, die sich aus der Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ergeben sowie zu Archiven, in denen sich wichtige Unterlagen aus der Zeit der DDR befinden.

Sie berät und hilft auf der Grundlage ihres gesetzlichen Auftrages vor allem zu Fragen

- der Antragstellung und zum Akteneinsichtsverfahren
- der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Verfolgung
- der Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst
- der Beantragung der sog. »Opferrente« (besondere Zuwendung für Haftopfer)
- bei der Recherche in Archiven, in denen sich Unterlagen aus der Zeit der SBZ und der DDR befinden
- bei der Recherche nach Familienangehörigen, die nach 1945 vermutlich Opfer politischer Verfolgung wurden und unterstützt und begleitet Projekte und Forschungsvorhaben, die sich mit zeitgeschichtlichen Themen in Mecklenburg-Vorpommern befassen.

Jägerweg 2 | 19053 Schwerin
 Tel.: (0385) 73 40 06
 Fax: (0385) 73 40 07
 E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de
 Internet: www.landesbeauftragter.de
 Landesbeauftragte: Marita Pagels-Heineking
 Ansprechpartner: Anne Drescher, Burkhard Bley
 Sprechzeiten: Mo – Do 8.00 – 16.00 Uhr, Fr 8.00 – 15.00 Uhr

— Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Der 1991 gegründeten Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Häftlinge des sowjetischen Speziallagers Nr. 9 gehören bundesweit ca. 750 Mitglieder an. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der ständigen Betreuung und Beratung ihrer Mitglieder, vor allem bei der Durchsetzung von Rehabilitierungs- bzw. Entschädigungsansprüchen und der Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung auch für Hinterbliebene und nahe Angehörige. Darüber hinaus engagiert sie sich in der Entwicklung und kontinuierlichen Pflege der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen sowie in der Aufklärung der Öffentlichkeit über Speziallager in der SBZ/DDR mit Schwerpunkt Fünfeichen. Die Arbeitsgemeinschaft erteilt Auskünfte über die im Speziallager Nr. 9 verstorbenen Häftlinge und deren Ruhestätte. Sie ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Hopfenstraße 5 a | 17034 Neubrandenburg
 Tel.: (0395) 5 66 70 14 oder (0395) 5 55 24 26
 Internet: www.neubrandenburg.de/link/fuenfeichen.html
 Ansprechpartnerin: Dr. Rita Lüdtke

— Alter Pfarrhof Rambow

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

Kirchstraße 11 | 17194 Rambow
 Tel.: (039953) 7 02 49
 E-Mail: huebener@pfarrhof-rambow.de
 Internet: www.diktatur-folgen-beratung.de
 Ansprechpartner: Eckart Hübener

— Rostocker Stadtmission e. V. – Seelsorgerliche und psychologische Beratungsstelle

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

Stampfmüllerstraße 41 | 18057 Rostock
 Tel.: (0381) 2 77 57
 E-Mail: psychberatung.fw@rostocker-stadtmission.de
 Internet: www.diktatur-folgen-beratung.de
 Ansprechpartnerin: Regine Gürtler

— Caritas Mecklenburg e. V.

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

August-Bebel-Straße 2 | 18055 Rostock
Tel.: (0381) 25 23 247
E-Mail: benno.gierlich@caritas-mecklenburg.de
Internet: www.diktatur-folgen-beratung.de
Ansprechpartner: Benno Gierlich

— Caritas Mecklenburg e. V. – Referat Soziale Dienste

Der Deutsche Caritasverband hat in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung für Opfer der SED-Kirchenpolitik in den östlichen Bundesländern ein Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen für Betroffene des SED-Unrechts eingerichtet. Die Beratungsstellen in Dresden, Rostock, Zwickau, Rambow, Zella-Mehlis, Frankfurt/Oder und Magdeburg bieten Hilfe und Begleitung für Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen und Bespitzelung, zu Unrecht Inhaftierte, Verschleppte, Zwangsausgesiedelte und Internierte. Darüber hinaus vermitteln die Berater Ansprechpartner zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Mecklenburgstraße 38 | 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 5 91 79 20
Fax: (0385) 5 91 79 41
E-Mail: hartmut.storrer@caritas-mecklenburg.de
Ansprechpartner: Hartmut Storrer

— Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus

Das Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus wurde im Juli 1990 gegründet. Das Komitee hat sich die Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zum Ziel gesetzt.

Am Packhof 8 | 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 2 08 87 81
Fax: (0385) 2 08 87 81
E-Mail: heiko.lietz@web.de
Ansprechpartner: Heiko Lietz

— Helios-Kliniken Schwerin Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Belastende Erfahrungen können krank machen – einer der Arbeitsschwerpunkte ist deshalb die Traumatisierung bzw. die posttraumatische Störung nach einschneidenden Erlebnissen. Im Rahmen des klinischen Angebotes werden Beratungen sowie stationäre und teilstationäre Behandlungen angeboten. In Einzelfällen können Gutachten zum Nachweis der durch DDR-Unrecht bedingten Gesundheitsschäden erstellt werden.

Wismarsche Straße 393–397 | 19049 Schwerin
Tel.: (0385) 520 3391
Fax: (0385) 520 3329
E-Mail: psychosomatik.schwerin@helios-kliniken.de
Internet: www.helios-kliniken.de/schwerin
Ansprechpartner: Dr. Jochen Buhrmann

— Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald am Hanse-Klinikum Stralsund

Einer der klinischen und wissenschaftlichen Schwerpunkte der Klinik betrifft die Folgen von Traumatisierung für die psychische und körperliche Gesundheit. In diesem Zusammenhang wurde ein Expertengutachten zu gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der DDR erstellt und verschiedene wissenschaftliche Studien durchgeführt, u.a. zu Folgen so genannter Zersetzungsmaßnahmen durch den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR. Im Rahmen des poliklinischen Angebots bietet die Einrichtung Beratungen und Behandlungen an. Zudem werden Gutachten zum Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden erstellt. Bei entsprechender Indikation können auch teilstationäre oder stationäre Behandlungen durchgeführt werden. Voraussetzung für die Beratung oder Behandlung ist die Vorlage eines Überweisungsscheins durch einen niedergelassenen Arzt.

Rostocker Chaussee 70 | 18437 Stralsund
Tel.: (03831) 45 21 00
Fax: (03831) 45 21 05
E-Mail: sek_frey@uni-greifswald.de
Internet: www.medizin.uni-greifswald.de/psych
Ansprechpartner: Prof. Dr. H. J. Freyberger

2.9. Beratungsangebote in Niedersachsen

— Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)

Der VERS wurde 1957 in der Bundesrepublik von ehemalige Rostocker Studenten gegründet, die aus politischen Gründen, einige erst nach langen Haftjahren, die SBZ/DDR verlassen hatten. Seine Aufgaben und Ziele sind die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und deren Aus-

wirkungen, die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, die Aufklärung des Schicksals von politisch verfolgten Studenten und Professoren der Universität Rostock und von verfolgten Oberschülern in Mecklenburg. Er ist Herausgeber einer Dokumentationsreihe »Gegen das Vergessen« und einer jährlichen Broschüre »VERS-Nachrichten«. Der Verband unterstützt Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Der VERS ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Fleinsbachstraße 1/1 | 70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: (0711) 77 67 49
Fax: (0711) 7 77 76 58
Internet: www.vers-online.org
Vorsitzender: Dr. Peter Moeller
E-Mail: moe.vers@t-online.de
Leiter VERS-Sektion Rostock: Prof. Dr. Asmus Dowe
Tel.: (0381) 2 00 24 90
E-Mail: asmus.dowe@online.de

— Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Anlaufstelle für Opfer der SBZ/DDR-Diktatur

Die Anlaufstelle im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport versteht sich als erste Kontaktmöglichkeit für in Niedersachsen lebende Opfer der Diktatur in SBZ/DDR. Es besteht die Möglichkeit, sich über das Antragsverfahren auf Einsicht in die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu informieren. Weiter wird eine allgemeine Beratung über die Möglichkeiten der strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung und mögliche Folgeleistungen angeboten und die zuständigen Behörden ermittelt. Für Hilfesuchende, die psychologische Beratung in Anspruch nehmen möchten, können Kontakte zu Beratungsstellen und Opferverbänden vermittelt werden. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport unterstützt das Netzwerk SED- und Stasiopfer in Niedersachsen.

Clemensstraße 17 | 30169 Hannover
Tel.: (0511) 1 20 46 64
Fax: (0511) 1 20 99 46 64
E-Mail: karin.nitsch@mi.niedersachsen.de
Internet: www.mi.niedersachsen.de
Ansprechpartnerin: Karin Nitsch

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Niedersachsen

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen

verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin. Die VOS Niedersachsen gehört zum Netzwerk SED- und Stasiopfer in Niedersachsen.

Wegsfeld 40 g | 30455 Hannover
Tel.: (0511) 2 15 93 91
E-Mail: p.reihs@vos-ev.de
Vorsitzender: Peter Reihs

— Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK)

Der Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. wurde 1957 unter dem Namen Verband Politischer Häftlinge des Stalinismus e. V. von ehemaligen politischen Gefangenen aus der SBZ/DDR gegründet. Im Jahre 2004 erfolgte die Spaltung des 1957 gegründeten Vereins in den Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus und den Verband Politischer Häftlinge des Stalinismus. Der Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus berät und betreut ehemalige politische Häftlinge sowie Verfolgte und deren Hinterbliebene zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung und hilft bei der Klärung von Schicksalen Vermisster. Der Verband hat neben seiner Geschäftsstelle in Langenhagen eine Beauftragte für das Land Sachsen in Dresden. Der Verband ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Der VPVDK gehört zum Netzwerk SED- und Stasiopfer in Niedersachsen.

Bodeweg 68 | 30851 Langenhagen
Tel.: (0511) 74 41 15
Fax: (0511) 74 41 16
E-Mail: andreas.friedrich@vpvdk.de
Internet: www.vpvdk.de
Vorsitzende: Renate Friedrich
Geschäftsführer: Andreas Friedrich

— Stasiopfer-Selbsthilfe e. V. – Landesverband Niedersachsen

Die Stasiopfer-Selbsthilfe e. V. verweist an Selbsthilfegruppen und hilft bei deren Gründung, bietet Beratung an und vermittelt bei Bedarf fachlich versierte Ansprechpartner. Der Landesverband Niedersachsen gehört zum Netzwerk SED- und Stasiopfer in Niedersachsen.

38550 Isenbüttel
Tel.: (05374) 67 15 63
E-Mail: kaiheid1@gmx.de
Ansprechpartnerin: Heidi Stein

2.10. Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen

— Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge wurde 1969 als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Sie gewährt ehemaligen politischen Häftlingen und sonstigen rechtsstaatswidrig Inhaftierten aus dem kommunistischen Machtbereich sowie deren Angehörigen (Ehegatten, Eltern und Kinder) in besonders beeinträchtigter wirtschaftlicher Lage auf Antrag Hilfe und Unterstützung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) bzw. nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG). Hinterbliebene von politischen Häftlingen, die hingerichtet worden, auf der Flucht umgekommen oder während bzw. an den Folgen der Freiheitsentziehung verstorben sind, erhalten Unterstützungsleistungen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage ebenso wie Hinterbliebene von Personen, die im Zuge der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 im Beitrittsgebiet ihr Leben verloren haben. Darüber hinaus informiert und berät die Stiftung zur Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche nach dem HHG und StrRehaG.

An der Marienkapelle 10 | 53179 Bonn
Tel.: (0228) 3 68 93 70
Fax: (0228) 3 68 93 99
E-Mail: info@stiftung-hhg.de
Internet: www.stiftung-hhg.de
Geschäftsführer: Michael Schumny

— Ehrenamtliche Beratung für SED-Opfer e. V.

Die ehrenamtliche Beratung bietet Hilfe und Unterstützung zu Fragen der strafrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung und deren möglichen Folgeleistungen, vor allem auch bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Die ehrenamtliche Beratung für SED-Opfer gehört zum Netzwerk SED- und Stasiopfer in Niedersachsen.

Holtkamp 17 | 48477 Hörstel
Tel.: (05459) 80 56 05
E-Mail: susa.brx@tele2.de
Internet: www.sed-opfer-hilfe.de
Ansprechpartnerin: Brunhild Grabow

— Netzwerk Stasiopfer-Selbsthilfe e. V.

Das Netzwerk gibt Hilfestellung bei einer Reihe von Anliegen: Es vermittelt Kontakte zu Fachärzten, Gerichten, Behörden, hilft bei der Erstellung von Anträgen, ist als Ansprechpartner verfügbar und weist auf bestehende Anspruchsrechte hin. Das Ziel des Netzwerks ist es, ein möglichst flächendeckendes Netzwerk aus Selbsthilfegruppen und Kontaktpersonen zu errichten, um alle Betroffenen zu erreichen.

Niederdorf 2 | 49492 Westerkappeln
Tel.: (05404) 91 74 22
Fax: (05404) 91 74 23
E-Mail: kuehne-hinz@t-online.de
Internet: www.stasiopfer-selbsthilfe.de
Ansprechpartner: Harry Hinz

2.11. Beratungsangebote im Saarland

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Saarland

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Ehringer Straße 3 | 66679 Losheim
Tel.: (06872) 99 43 13
Fax: (06872) 99 43 14
E-Mail: e.holsten-warncke@vos-ev.de
Vorsitzende: Erika Holsten-Warncke

2.12. Beratungsangebote in Sachsen

— Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Tätigkeit des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist im »Gesetz über die Rechtsstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Landesbeauftragtengesetz)« vom 30.06.92 geregelt. Zur Unterstützung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) wurde 1992 durch den Sächsischen Landtag die Einrichtung der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beschlossen. Der Landesbeauftragte verwaltet nicht die Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Im Landesbeauftragtengesetz (aktuelle Fassung: 04/2000) sind folgende Aufgaben als Arbeitsschwerpunkte der Behörde festgelegt:

- Beratung von Bürgern zu Akteneinsicht und Rehabilitierung
- Beratung von Verwaltungen bei Überprüfung

- Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Struktur und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes im SED-Staat
- Unterstützung der historischen und politischen Aufarbeitung anderer Stellen

Unterer Kreuzweg 1 | 01097 Dresden
 Tel.: (0351) 65 68 11-0
 Fax: (0351) 65 68 120
 E-Mail: info@lstu.smj.sachsen.de
 Internet: www.lstu-sachsen.de
 Ansprechpartnerin: Martina Pohl

— Gedenkstätte Bautzen

Die Gedenkstätte Bautzen im Gebäude des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Bautzen II erinnert an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in den beiden Bautzener Gefängnissen und dokumentiert die Geschichte der politischen Haft während der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzungszeit und des SED-Unrechtsregimes. Das Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte Bautzen steht Angehörigen, Institutionen und Forschern zur Schicksalsklärung von politisch Inhaftierten in den Bautzener Gefängnissen zur Verfügung. Die Gedenkstätte verfügt über Haftkarteien und Namenslisten, aus denen sich die Hintergründe der Inhaftierung und gegebenenfalls auch das Sterbedatum einzelner Personen nachweisen lassen. Bei Anfragen sind neben dem Namen und Vornamen das Geburtsjahr sowie Angaben zum Verfolgungszeitraum (z. B. Zeit der sowjetischen Besatzungsmacht 1945–1950) erforderlich. Im Zeitzeugenbüro werden Erlebnisberichte, Dokumente und Objekte archiviert sowie Interviews mit ehemaligen Häftlingen und Angehörigen geführt. Diese persönlichen Zeugnisse werden mit Einverständnis der Betroffenen für Ausstellungen, Schülerprojekte und Publikationen der Gedenkstätte Bautzen verwandt.

Weingangstraße 8a | 02625 Bautzen
 Postanschrift: Postfach 19 28, 02609 Bautzen
 Tel.: (03591) 4 04 74
 Fax: (03591) 4 04 75
 E-Mail: info.bautzen@stsg.smwk.sachsen.de
 Internet: www.gedenkstaette-bautzen.de
 Leiterin: Silke Klewin
 Ansprechpartnerin: Cornelia Liebold

— Bautzen Komitee e. V.

Das Bautzen Komitee e. V. gründete sich 1990 aus ehemaligen Insassen der Bautzener Haftanstalten und deren Angehörigen. Das Komitee berät und betreut ehemalige Häftlinge und deren Hinterbliebene zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Überdies widmet sich der Verein

der Aufklärung und Aufarbeitung der Verbrechen der kommunistischen Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR. In Zusammenhang mit dem alljährlich stattfindenden Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung findet auch das Treffen der Mitglieder des Bautzen-Komitees statt.

Weingangstraße 8a | 02625 Bautzen
 Tel.: (03591) 4 25 21
 Fax: (03591) 3 18 99 29
 E-Mail: buero@bautzen-komitee.de
 Internet: www.bautzen-komitee.de
 Vorsitzender: Harald Möller
 Ansprechpartnerin: Luise Stange

— Opfer-, Förder- und Dokumentations-Verein Bautzen II e. V. (OFB)

Der Opfer-, Förder- und Dokumentations-Verein Bautzen II e. V. wurde 1995 von ehemaligen politischen Häftlingen gegründet, die in der berüchtigten Sonderhaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit – Bautzen II – inhaftiert waren. Die Vereinigung unterstützt die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und wirkt vor allem bei der Aufklärung der Verbrechen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR mit. Darüber hinaus berät und betreut der Verein Opfer politischer Verfolgung zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Postfach 2020 | 02610 Bautzen
 Tel.: (030) 43 72 98 88
 Fax: (030) 43 72 98 89
 Vorsitzender: Rocco Schettler

— Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR

Die Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte wurde 1999 in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten eingerichtet. Zu den zentralen Aufgaben der Dokumentationsstelle gehört die Sammlung personenbezogener Unterlagen zu Opfern des Nationalsozialismus, des Stalinismus und der SED-Diktatur. Im Rahmen ihrer Forschungsprojekte sowie humanitären Aufgaben arbeitet die Dokumentationsstelle eng mit den deutschen Suchdiensten, den Behörden der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, dem Auswärtigen Amt sowie Archiven und Institutionen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zusammen. Im Rahmen ihrer Arbeit berät sie ehemalige Häftlinge sowie deren Angehörige und unterstützt vor allem ehemalige Verurteilte sowjetischer Militärtribunale bei der Erlangung ihrer Rehabilitierung in Moskau. Seit dem 01.06.2008 nimmt die Dokumentationsstelle ihre Beratungs- und Serviceaufgaben auf vertraglicher Grundlage offiziell im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland wahr, indem ihr bestimmte Aufgaben des Auswärtigen Amtes, Ref. 506, übertragen wurden. Im Rahmen des Projektes »Sowjetische Kriegsgefangene«, im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt, fungiert die Dokumentationsstelle

ebenfalls als zentrale Auskunftsstelle für Anfragen aus dem In- und Ausland zu dieser Opfergruppe des Nationalsozialismus. Die Dokumentationsstelle stellt ihre Unterlagen – nach Maßgabe der Datenschutzbestimmungen – auch für Forschungen und Ausstellungsprojekte Dritter zur Verfügung.

Nähere Informationen zu den genannten Aufgabenbereichen sind in deutscher und russischer Sprache über www.dokst.de bzw. www.dokst.ru erhältlich.

Dülferstraße 1 | 01069 Dresden
 Tel.: (0351) 4 69 55 47
 Fax: (0351) 4 69 55 41
 Leiter: Dr. Klaus-Dieter Müller
 Ansprechpartner: Frau Lange bei Anliegen zu deutschen Bürgern,
 Herr Scheder bei Anliegen zu sowjetischen Bürgern
 Sprechzeiten: Frau Lange: Di und Do 8.00–15.00 Uhr,
 Herr Scheder: Mo und Mi 8.00–15.00 Uhr

— Evangelisch-Lutherische Superintendentur Dresden Mitte

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

Haus an der Kreuzkirche 6 | 01067 Dresden
 Tel.: (0351) 4 39 39 10
 E-Mail: dopaff@hotmail.de
 Ansprechpartnerin: Dorothea Possega-Affolderbach
 Sprechzeiten: Di 9.00–11.00 Uhr (Terminabsprache)

— Institutsambulanz und Tagesklinik für Psychotherapie

Die Institutsambulanz und Tagesklinik für Psychotherapie der Technischen Universität Dresden bietet auch Opfern politischer Verfolgung psychotherapeutische Hilfe. Das Angebot umfasst die Durchführung von ambulanten Psychotherapien (in der Regel Kurzzeitpsychotherapien) sowie die Therapie von Posttraumatischen Belastungsstörungen, Angststörungen (z. B. Panikattacken), Depressionen sowie Problemen im höheren Lebensalter.

TU Dresden | Hohe Straße 53 | 01187 Dresden
 Tel.: (0351) 46 33 69 57
 Fax: (0351) 46 33 69 55
 Internet: www.psychologie.tu-dresden.de
 Ansprechpartnerin: Thekla Bensmann

— Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) – Beauftragte für das Land Sachsen

Der Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. wurde 1957 unter dem Namen Verband Politischer Häftlinge des Stalinismus e. V. von ehemaligen politischen Gefangenen aus der SBZ/DDR gegründet. Im Jahre 2004 erfolgte die Spaltung des 1957 gegründeten Vereins in den Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus und den Verband Politischer Häftlinge des Stalinismus. Der Verband Politisch Verfolgter des Kommunismus berät und betreut ehemalige politische Häftlinge sowie Verfolgte und deren Hinterbliebene zu Fragen der Rehabilitation und Wiedergutmachung und hilft bei der Klärung von Schicksalen Vermisster. Der Verband ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Die Geschäftsstelle des Verbandes hat ihren Sitz in Langenhagen (Niedersachsen).

Dölzschener Straße 48 | 01159 Dresden
 Tel.: (0351) 4 21 96 06
 Ansprechpartnerin: Ursula Wünsche

— Forum 91 Freiberg e.V.

Der Verein Forum 91 Freiberg e. V. wurde 1998 gegründet. Im Mittelpunkt der Vereinstätigkeit steht die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte sowie die Betreuung und Beratung von Opfern politischer Verfolgung zu Fragen der Rehabilitation und Wiedergutmachung.

Meißner Ring 8 b | 09599 Freiberg
 Tel.: (03731) 24 89 58
 Fax: (03731) 24 89 58
 Ansprechpartnerin: Melanie Weber

— Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e. V.

Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e. V. ist ein Arbeitskreis ehemaliger inhaftierter Frauen des einzigen Frauengefängnisses der DDR. Ziel des Vereins ist die Fürsorge und Unterstützung aller ehemaligen weiblichen politischen Gefangenen der Vollzugsanstalt Hoheneck. Der Verein engagiert sich darüber hinaus in der Klärung der Schicksale ehemaliger Inhaftierter. Seit 1976 findet jährlich im Oktober ein Treffen der ehemaligen Hoheneckerinnen statt. Der Frauenkreis unterstützt die Einrichtung und Pflege von Stätten der Mahnung und des Gedenkens. Der Verein ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Schandauer Straße 2 | 01848 Hohnstein
 E-Mail: ingenaumann@web.de
 Internet: www.frauenkreis-hoheneckerinnen.de
 Ansprechpartnerin: Inge Naumann

— Bürgerkomitee Leipzig e. V.

Das seit Dezember 1989 arbeitende Bürgerkomitee e. V. sieht als seine vordringlichste Aufgabe an, die Erinnerung an die SED-Diktatur wach zu halten sowie über Methoden, Funktion und Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit zu informieren. Hierbei ist es Anlauf- und Auskunftsstelle für Wissenschaftler, Studenten, Journalisten und Filmemacher. Der Verein betreibt die Gedenkstätte Museum in der »Runden Ecke« mit dem Museum im Stasi-Bunker. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Bürgerkomitees ist die Beratung und Unterstützung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR. Das Bürgerkomitee ist u. a. Ansprechpartner bei Fragen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Darüber hinaus stellt es für Hilfesuchende Kontakt zu zuständigen Behörden oder Beratungsstellen her.

Dittrichring 24 | 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 9 61 24 43
Fax: (0341) 9 61 24 99
E-Mail: mail@runde-ecke-leipzig.de
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
Ansprechpartnerin: Irmtraut Hollitzer

— Beratungs- und Dokumentationsstelle für Verfolgte stalinistischer Willkür

Die Beratungs- und Dokumentationsstelle für Verfolgte stalinistischer Willkür berät Opfer diktatorischen Unrechts in der SBZ/DDR zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Des Weiteren ist der Verein Herausgeber des Informationsblatts »Unser Standpunkt«.

Große Fleischergasse 12 | Raum 501 | 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 1 23 24 54
Fax: (0341) 1 23 24 54
Ansprechpartner: Jörg Büttner
Sprechzeiten: Di 10.00–16.00 Uhr sowie nach Vereinbarung

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Sachsen

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach

Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Dresdner Straße 6 | 01833 Stolpen
Tel.: (035973) 2 73 83
Fax: (035973) 2 64 79
Vorsitzender: Bernd Müller-Kaller
E-Mail: b.mueller-kaller@vos-ev.de

— Initiativegruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.

Die Initiativegruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V. wurde im November 1996 gegründet, um die Geschichte des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau zu dokumentieren und wissenschaftlich aufzuarbeiten, sowie am historischen Ort an die einzige geschlossene Disziplinierungseinrichtung der DDR-Jugendhilfe und die mehr als 4.000 Betroffenen zu erinnern. Daran wird mit der Dauerausstellung »Ich bin als Mensch geboren und will als Mensch hier raus«. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau im Erziehungssystem der DDR« erinnert. Gleichzeitig ist der Verein Anlaufstelle für Personen, die eine Zeit ihrer Jugend in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe, insbesondere dem Geschlossenen Jugendwerkhof (GJWH) Torgau, verbringen mussten. Die Initiativegruppe fördert darüber hinaus den Kontakt und wechselseitigen Austausch mit Zeitzeugen, Betroffenen und deren Angehörigen sowie die Beratung und Unterstützung bei Problemen, die aus dem Aufenthalt im GJWH Torgau resultieren. Hierbei vermittelt der Verein auch fachgerechte medizinische bzw. psychologische Beratung und Betreuung.

Fischerdörfchen 15 | 04860 Torgau
Tel.: (03421) 71 42 03
Fax: (03421) 77 66 41
E-Mail: ebs.info@jugendwerkhof-torgau.de
Internet: www.jugendwerkhof-torgau.de
Ansprechpartnerin: Franziska Scheffler
Sprechzeiten: Di – Fr 10.00–18.00 Uhr

— Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V. – Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens

Das 1998 gegründete Martin-Luther-King-Zentrum Werdau versteht sich als eine Organisation der Friedens- und Bürgerbewegung mit regionalem bzw. überregionalem Arbeitsfeld. Im Mittelpunkt der Arbeit des Vereins steht die Aufarbeitung der Bürgerbewegung in Südwestsachsen sowie die Erwerbung, Sammlung, Erschließung und Nutzbarmachung von Schriftgut, Fotos und Gegenständen

über Gesellschaftskritik, Opposition und Repression in SBZ und DDR. Weiterhin werden Ausstellungen über Krieg, Frieden und gewaltfreie Bewegungen, insbesondere über Zivilcourage, Opposition und Widerstand in der DDR gestaltet. Die Bestände der Bibliothek umfassen schwerpunktmäßig Sammlungen zum Krieg sowie zur Friedens- und Bürgerbewegung. Als Aufarbeitungsinitiative berät das Martin-Luther-King-Zentrum Betroffene zum Stasi-Unterlagengesetz, zur Antragstellung auf Akteneinsicht und zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen.

Am Torbogen 5 | 08412 Werdau
Tel.: (03761) 76 02 84
Fax: (03761) 76 03 04
E-Mail: info@martin-luther-king-zentrum.de
Internet: www.martin-luther-king-zentrum.de
Ansprechpartner: Georg Meusel

— Stadtmission Zwickau e. V.

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

Lothar-Streit-Straße 22 | 08056 Zwickau
Tel.: (0375) 27 17 10
Fax: (0375) 27 17 111
E-Mail: norbert.mai@stadtmission-zwickau.de,
familienberatungsstelle@stadtmission-zwickau.de
Internet: www.diktatur-folgen-beratung.de, www.stadtmission-zwickau.de
Ansprechpartner: Norbert Mai

2.13. Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt

— Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt

Die Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt ist im »Ausführungsgesetz zum Gesetz für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« vom 18.08.93 geregelt.

Der Landesbeauftragte ist Ansprechpartner für Bewohner des Landes Sachsen-Anhalt, die unter der SED-Diktatur gelitten haben und durch Wirkungen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit benachteiligt worden sind. Dabei ist es die wichtigste Aufgabe des Landesbeauftragten, im Gegensatz zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehe-

maligen DDR (BStU), welche als Behörde die Akten des ehemaligen MfS verwaltet, die Betroffenen im Umgang mit der sie belastenden Vergangenheit zu beraten und ihnen Wege für ihre Rehabilitation aufzuzeigen.

Klewitzstraße 4 | 39112 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 67 - 50 51
Fax: (0391) 5 67 - 50 60
E-Mail: poststelle@lstu.justiz.sachsen-anhalt.de
Internet: www.landesbeauftragte.de
Ansprechpartner: Dr. Wolfgang Laßleben
Sprechzeiten: Mo – Fr 9.00 – 14.00 Uhr, Di zusätzlich 14.00 – 17.00 Uhr nach tel. Vereinbarung. Monatliche Sprechstage in Halle (Saale), Dessau-Roßlau und der Hansestadt Salzwedel sowie Beratungstage im Bundesland Sachsen-Anhalt werden auf der Website bekannt gegeben.

— Gedenkstätte Roter Ochse

Die Gedenkstätte Roter Ochse für die Opfer politischer Verfolgung von 1933 bis 1989 wurde 1996 im ehemaligen Verhör- und Wirtschaftsgebäude des MfS in Halle eingerichtet. Seit 2006 verfügt die Gedenkstätte über eine neue Dauerausstellung, die sich insgesamt über drei Etagen des Hauses erstreckt. Die Mitarbeiter sind Ansprechpartner zur Beschaffung von Nachweisen über Haftzeiten bzw. vermitteln Kontakte für Hilfesuchende zu Fragen der Rehabilitation und Wiedergutmachung, führen aber selbst keine Beratungen durch.

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle
Tel.: (0345) 2 20 13 30
Fax: (0345) 2 20 13 39
E-Mail: andre.gursky@stgs.sachsen-anhalt.de
Internet: www.sachsen-anhalt.de
Leiter: André Gursky

— Zeit-Geschichte(n) e. V.

Der Verein Zeit-Geschichte(n) hat sich 1995 in Halle als Begegnungs- und Beratungszentrum mit Bibliothek gegründet. Mit Veranstaltungen, Ausstellungen und eigenen Publikationen, die auch über die vereinseigene Website abrufbar sind, regt der Verein die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit beider Diktaturen an. Am jeweils letzten Donnerstag im Monat stehen die Räume einer Selbsthilfegruppe von Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR und öffentlichen Beratungsstunden für Geschädigte der SED-Diktatur zur Verfügung. Hier kann Hilfe bei Fragen zur Rehabilitation geleistet und Ansprechpartner für psychosoziale Beratung und Betreuung vermittelt werden.

Große Ulrichstraße 51 | 06108 Halle (Eingang Schulstraße)

Tel.: (0345) 2 03 60 40

Fax: (0345) 2 03 60 41

E-Mail: zeit-geschichten@t-online.de

Internet: www.zeit-geschichten.de

Vorsitzender: Dr. Udo Grashoff

Ansprechpartnerin: Heidi Bohley

Sprechzeiten: jeden letzten Do im Monat:

14.00 – 16.00 Uhr Treffen der Selbsthilfegruppe

16.00 – 18.00 Uhr öffentliche Beratung

— Verband der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft in Anhalt-Köthen e. V.

Der im Jahre 1990 gegründete Verband der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft in Anhalt-Köthen e. V. will im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zur Aufarbeitung der Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR leisten. Er berät überregional Betroffene diktatorischer Willkür zur Antragstellung auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und vermittelt Hilfesuchende an Ansprechpartner. Darüber hinaus ist der Verband Kontaktstelle für Angehörige bei der Klärung von Schicksalen.

Am Flugplatz 1 | 06366 Köthen

Tel.: (03496) 60 15 16

Fax: (03496) 60 12 82

Vorsitzender: Dr. Wolfgang Grobler

Sprechzeiten: Mo – Do 8.00 – 15.00 Uhr sowie nach Vereinbarung

— Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 – 1989

Die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg wurde 1990 gegründet und gehört seit 2007 zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Sie befindet sich am historischen Ort in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und verfügt über eine umfangreiche Dokumentensammlung von MfS-, Gerichts- und Häftlingsakten. Mitarbeiter der Gedenkstätte beraten ehemalige politisch Inhaftierte und Opfer politischer Verfolgung zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung und vermitteln Hilfesuchende an psychosoziale Beratungsstellen. Des Weiteren organisiert die Gedenkstätte Führungen und öffentliche Veranstaltungen.

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg

Tel.: (0391) 2 44 55 90

Fax: (0391) 2 44 55 999

E-Mail: info-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de

Internet: www.stgs.sachsen-anhalt.de

Ansprechpartnerin: Ulrike Groß

— Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.

Das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. wurde 1990 gegründet. Schwerpunkt der Tätigkeit des Vereins ist die politische Bildungs- sowie Öffentlichkeitsarbeit. Das Bürgerkomitee vermittelt Ansprechpartner für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR, führt aber selbst keine Beratungen durch. In den Räumen des Vereins kann die ständige Ausstellung »Machtmissbrauch durch SED und MfS in der ehemaligen DDR« besichtigt werden, die neu überarbeitet wird. Des Weiteren verfügt das Bürgerkomitee über umfangreiche Bibliotheksbestände, ein Presse- und Videoarchiv sowie Musikdokumente.

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg

Tel.: (0391) 2 53 23 16

Fax: (0391) 2 53 23 16

Internet: www.buergerkomitee-magdeburg.de

E-Mail: info@buergerkomitee-magdeburg.de

Ansprechpartnerin: Ute Gramm

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Sachsen-Anhalt

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Heideweg 3 | 39126 Magdeburg

Tel.: (0391) 2 51 07 16

Fax: (0391) 2 51 07 16

Vorsitzender: Johannes Rink

— Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Die Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie bietet Opfern von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR im Rahmen ihrer Tätigkeit Beratung und Betreuung, im Bedarfsfall auch stationäre bzw. teilstationäre Therapie, an. Auf Anfrage werden auch Gutachten zum Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden erstellt.

Leipziger Straße 44 | Haus 1 | 39120 Magdeburg
Tel.: (0391) 6 71 42 00
Fax: (0391) 6 71 42 02
E-Mail: kathlen.scholz@medizin.uni-magdeburg.de
Internet: www.med.uni-magdeburg.de

— Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V. – Beratungsstelle für Diktaturfolgenberatung

Die Beratungsstelle gehört zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung, das Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Hinterbliebenen und nächsten Angehörigen psychosoziale Hilfe und Begleitung bietet.

Karl-Schmidt-Straße 5 c | 39112 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 20 94 02
E-Mail: schulze@caritas-ikz-md.de
Internet: www.diktatur-folgen-beratung.de
Ansprechpartner: Hans-Peter Schulze

— Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn wurde 1996 eröffnet. Sie befindet sich im Kernbereich der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜST) Marienborn. Die Gedenkstätte engagiert sich auf vielfältige Weise in der politischen Bildung, u. a. mit Führungen, Projekttagen, Zeitzeugengesprächen sowie Seminaren. Für Opfer der SED-Diktatur besteht die Möglichkeit, sich zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen beraten zu lassen und Anträge auf Rehabilitierung zu stellen, die an die entsprechenden Behörden weitergeleitet werden. Darüber hinaus stehen die Mitarbeiter der Gedenkstätte für ausführliche Beratungsgespräche und Begleitung zu professionellen Hilfeeinrichtungen zur Verfügung.

An der BAB 2 | 39365 Marienborn
Tel.: (039406) 9 20 90
Fax: (039406) 9 20 99
E-Mail: Info-Marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de

Internet: www.grenzdenkmaeler.de
Ansprechpartner: Dr. Frank Stucke

2.14. Beratungsangebote in Schleswig-Holstein

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Schleswig-Holstein

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Hebbelweg 13 | 24539 Neumünster
Tel.: (04321) 7 17 93
Vorsitzender: Werner Sauerzweig

2.15. Beratungsangebote in Thüringen

— Die Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU)

Die Tätigkeit der Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU) ist im Thüringer Gesetz über den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Landesbeauftragtengesetz) vom 31. März 1993 geregelt. Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Landesbeauftragte) unterstützt die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 37 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (STUG) vom 20. Dezember 1991 (BGBl. 1, S. 2272). Die TLStU berät Bürger, öffentliche und nichtöffentliche Stellen zu Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Eine Hauptaufgabe der TLStU ist die Beratung der Bürger zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (SED-UnBerG). Sie unterstützt Betroffene bei der Suche nach Unterlagen in Archiven und gewährt Unterstützung bei der Antragstellung auf Rehabilitierung nach den SED-UnBerG.

Die Landesbeauftragte und die Behördenmitarbeiter bieten Auskünfte, individuelle Beratungen und Gespräche, Informationsmaterial, öffentliche Stellungnahmen und Veranstaltungen im folgenden Spektrum an:

- politische und rechtliche Aufarbeitung der MfS- und DDR-Altlasten
- Rehabilitierung und Wiedergutmachung für politisch Verfolgte zwischen 1945 und 1990

- Beratung öffentlicher Institutionen, Behörden und Körperschaften
- Angebote der politischen Bildung: Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen, Individualauskünfte, Literaturempfehlungen u.v.m.
- für Schüler: alters-, unterrichts- und projektgerechte Beratung, regionalgeschichtliche Arbeitsmaterialien, Vorträge, Projekttage
- für Studenten und Forschende: Forschungs- und Archivberatung
- Regionalgeschichtliche MfS- und DDR-Forschung und Zusammenarbeit mit Partnern der Aufarbeitung über die verschiedenen Themenfelder der SBZ- und DDR-Geschichte, Informationen zur Thüringer Zeitgeschichte zwischen 1945 und 1990

Jürgen-Fuchs-Straße 1 | 99096 Erfurt
 Tel.: (0361) 37-7 19 57 oder (0361) 37-7 19 51
 Fax: (0361) 37-7 19 52
 E-Mail: heinemann@tlstu.thueringen.de
 Internet: www.thueringen.de/de/tlstu
 Landesbeauftragte: Hildigund Neubert
 Ansprechpartner: Thomas Heinemann
 Sprechzeiten: nach Vereinbarung, auch in den Außenstellen Gera
 (Tel.: (0365) 82 23-12 05) und Suhl (Tel.: (03681) 73 46 90)

— **Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit Thüringen – Rehabilitierung, Wiedergutmachung (Referat 24)**

Das Referat 24 vertritt die Interessen der Opfer von Diktaturen in Deutschland, insbesondere von Opfern des SED-Unrechts, von NS-Opfern, Heimatvertriebenen und Kriegsheimkehrern. Dazu werden im Referat Grundsatzfragen der Wiedergutmachung von SED-Unrecht nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die durch die strafrechtliche, berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung von Opfern des ehemaligen SED-Regimes eine Wiedergutmachung und Entschädigung ermöglichen, bearbeitet. Das Referat arbeitet eng mit den Opferverbänden politischer Verfolgung in der SBZ/DDR und der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zusammen. Darüber hinaus unterstützt das Referat die Arbeit der Opferverbände durch die Förderung von Beratungsstellen.

Werner-Seelenbinder-Straße 6 | 99096 Erfurt
 Tel.: (0361) 3 79 83 40
 Fax: (0361) 3 79 88 20
 E-Mail: poststelle@tmsfg.thueringen.de
 www.thueringen.de
 Leiterin: Claudia Simanski-Fuchs

— **OdS Thüringen e. V. – Opfer des Stalinismus**

Der Verein OdS Thüringen e. V. wurde 1990 gegründet. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen die Beratung und Betreuung der Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR und die Vertretung ihrer Interessen. Der Verein sammelt Angaben über Internierte, Verurteilte der Sowjetischen Militärtribunale (SMT), politische Häftlinge und andere Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft und verfügt weiterhin über eine Datensammlung zum DDR-Staatssicherheitsdienst und den regionalen Behörden.

Hauptmarkt 17 | 99867 Gotha
 Tel.: (03621) 74 35 70
 Fax: (03621) 70 53 82
 E-Mail: odsthuer@aol.com
 Ansprechpartner: Manfred Wettstein
 Sprechzeiten: Mo – Fr 10.00 – 14.00 Uhr

— **Thüringer Archiv für Zeitgeschichte »Matthias Domaschk« (ThürAZ)**

Das seit 1991 bestehende Thüringer Archiv für Zeitgeschichte »Matthias Domaschk« (ThürAZ) in Jena ist ein unabhängiges Spezialarchiv zur Thematik Opposition, Widerstand und Zivilcourage in der DDR. Das ThürAZ ist eine Einrichtung des Vereins »Künstler für Andere«. Die Bestände des Archivs umfassen Privatarchive, Körperschaftsarchive und thematische Sammlungen. Hierbei reicht das Spektrum der Dokumente von persönlichen Aufzeichnungen, Briefen und Eingaben über politischen und künstlerischen Samisdat, Fotos und Filme bis hin zu in Kopie vorhandenen Unterlagen des MfS. Der geographische Schwerpunkt liegt in den Grenzen des heutigen Freistaates Thüringen (ehem. Bezirke Erfurt, Gera, Suhl). Die Mitarbeiter des Archivs begleiten Betroffene bei Fragen zur Rehabilitierung und Klärung ihrer Geschichte, leisten Zuarbeit für die Aufklärung des Mysteriums Staatssicherheitsdienst und erstellen Tiefenrecherchen bzw. Gutachten.

Camsdorfer Ufer 17 | 07749 Jena
 Tel.: (03641) 22 86 05
 Fax: (03641) 22 97 43
 E-Mail: archiv@thueraz.de
 Internet: www.thueraz.de
 Ansprechpartner: Uwe Kulisch
 Sprechzeiten: Di 9.00 – 15.00 Uhr, Do 9.00 – 18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung

— **Beratungsstelle Vergangenheitsaufarbeitung**

Die Beratungsstelle übernimmt Aufgaben zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der politischen Bildung. Sie realisiert Forschungsprojekte zu Beschlüssen und Maßnahmen über Enteignungen, Bearbeitung von Ausreiseträgen, Zwangsaussiedlungen, Sowjetische Besatzung, Tätigkeit

des NKWD sowie die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf andere Einrichtungen. Des Weiteren berät und begleitet sie Betroffene bei der Stellung von Anträgen zur Rehabilitation und Entschädigung für erlittenes Unrecht in der ehemaligen SBZ/DDR.

Brunnenstraße 94 | 99974 Mühlhausen
Tel.: (03601) 80 10 15
Fax: (03601) 80 10 81
Vorsitzender: Pfarrer Eberhard Müller
Ansprechpartner: Erich Ziroth

— Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V. – Regionalstelle Weimar-Jena

Am 15. Juni 2002 wurde, ausgehend vom Thüringer Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU), in Zusammenarbeit und Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, die »Beratungsinitiative« gestartet. In Trägerschaft des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e. V. und des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e. V. arbeiten zwei Berater im Auftrag der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit Sitz in Erfurt und in Saalfeld. Ziel dieser Beratungsinitiative ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern des Freistaats Thüringen die Möglichkeit zu geben, sich wohnortnah zu den Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und die daran geknüpften Unterstützungs- und Ausgleichsleistungen zu informieren.

Darrtorstraße 11 | 07318 Saalfeld
Tel.: (03671) 35 82 18
Fax: (03671) 35 82 13
Ansprechpartner: Manfred May
Sprechzeiten: Mo 9.00–16.00 Uhr sowie nach Vereinbarung

— Gedenkstätte Buchenwald

1990 wurde an der Gedenkstätte Buchenwald damit begonnen, die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 aufzuarbeiten. Dieses Lager bestand von 1945 bis 1950 und zählte in dieser Zeit mehr als 28.000 Insassen. Von ihnen verstarb ca. jeder vierte Gefangene. Seit 1997 gibt es in der Gedenkstätte eine ständige historische Ausstellung über das sowjetische Speziallager. Über die pädagogische Abteilung der Gedenkstätte können sowohl Führungen als auch Tagesprojekte für Schulklassen angemeldet werden. Die Gedenkstätte erteilt im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf schriftliche Anfrage Auskunft über das Schicksal ehemaliger Lagerinsassen bzw. informiert über vorhandene Unterlagen. Persönliche Gespräche sind nach Vereinbarung jederzeit möglich. Darüber hinaus sammelt die Gedenkstätte Buchenwald Zeitzeugenberichte, persönliche Dokumente zum Schicksal von Lagerinsassen und deren Angehörigen sowie historische Sachzeugen aller Art.

99427 Weimar-Buchenwald
Tel.: (03643) 43 01 33
Fax: (03643) 43 01 00
E-Mail: britscher@buchenwald.de
Internet: www.buchenwald.de
Ansprechpartner: Dr. Bodo Ritscher

— Initiativegruppe Buchenwald 1945–1950 e. V.

Die Initiativegruppe Buchenwald 1945–1950 e. V. wurde 1990 gegründet und ist eine Interessenvertretung ehemaliger Häftlinge der Speziallager des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, insbesondere des Speziallagers Nr. 2 Buchenwald, sowie deren Angehörige. Die Initiativegruppe unterstützt die Aufarbeitung der Geschichte des Speziallagers Buchenwald und wirkt mit an der Gestaltung der Gedenkstätte und der Gräberfelder auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. Darüber hinaus berät und unterstützt die Initiativegruppe ehemalige Häftlinge bzw. deren Hinterbliebene bei der Klärung von Einzelschicksalen sowie bei der Durchsetzung von Entschädigungszahlungen und Beihilfen. Sie informiert über die Möglichkeiten der Rehabilitation und der Entschädigung bzw. der Hilfe und Unterstützung im Rahmen des Häftlingshilfegesetzes. Überdies berät sie über die Nachweisführung bei Haftfolgeschäden und den Nachweis von Ersatzzeiten bei der Berechnung der Altersrente. Die Initiativegruppe ist Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und arbeitet eng mit anderen Vereinigungen zusammen, die sich mit den Menschenrechtsverletzungen in den ehemaligen kommunistischen Staaten Europas beschäftigen.

Burgplatz 3–7 | 99423 Weimar
Tel.: (03643) 90 24 08 (nach 18.00 Uhr)
Vorsitzende: Heidrun Brauer

— Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) Landesverband Thüringen

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Internierten, Kriegsgefangenen und zu langen Haftstrafen verurteilten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in Berlin gegründet. Die Betreuung und Beratung der Mitglieder stellt neben den Aktivitäten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung den Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Die Bundesgeschäftsstelle der VOS hat ihren Sitz in Berlin.

Dr. Müller-Desterro-Straße 23 | 99102 Windischholzhausen
Tel.: (0361) 41 67 21
Fax: (0361) 41 67 21
Vorsitzender: Wolf-Dieter Meyer
E-Mail: w.meyer@vos-ev.de

— **Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V. – Beratungsstelle für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR**

Das Bürgerkomitee des Landes Thüringen wurde 1989 gegründet. Der Verein berät und betreut Opfer politischer Verfolgung in der SBZ und DDR. Zu den Arbeitsschwerpunkten zählen ebenfalls Forschungen und Veröffentlichungen zu Strukturen und Machtmissbrauch in der SED-Diktatur auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Thüringen. Seit 1994 unterhält das Bürgerkomitee eine eigene Beratungsstelle, die Opfern politischer Gewalt individuelle Hilfe und Unterstützung bei Verfahren zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung sowie Hilfe bei Recherchen zu Haft- bzw. Gesundheitsunterlagen oder Kaderakten, bei Recherchen nach Vermissten bzw. in der Haft oder an der Grenze Verstorbenen oder bei der Beantragung der Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen bei der Bundesbeauftragten gewährt. Des Weiteren führt das Bürgerkomitee psychosoziale Betreuung im Rahmen von Selbsthilfegruppen durch. Seit dem Jahr 2002 ist das Bürgerkomitee, zusammen mit dem Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V., Träger der »Beratungsinitiative« des Freistaates Thüringen, mit Sitz in Erfurt und Saalfeld. Die Beratungsstelle gehört seit 2004 zum Netzwerk psychosozialer Beratungsstellen im Rahmen des Projektes »Diktatur-Folgen-Beratung« des Deutschen Caritasverbandes in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung.

Oberhofer Straße 4 | 98544 Zella-Mehlis

Tel.: (03682) 46 07 47 oder (0361) 5 61 71 25

Fax: (03682) 46 07 48

E-Mail: buergerkomiteethueringen@t-online.de

Internet: www.buergerkomiteethueringen.de

Ansprechpartner: Ursula Hein und Roswitha Weiß

Sprechzeiten: Di und Do 8.00–12.00, Do auch 14.00–16.00 Uhr,
sowie nach Vereinbarung

3. DIE BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DDR (BSTU)

Die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) bewahrt in ihren Archiven die Unterlagen der ehemaligen Geheimpolizei und des Nachrichtendienstes der DDR auf und stellt sie für verschiedene Zwecke nach strengen gesetzlichen Vorschriften der Öffentlichkeit, anderen Behörden und Unternehmen zur Verfügung. Die BStU wurde mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 gegründet und hat den Auftrag, durch die Öffnung der Akten die Geschichte der SED-Diktatur aufzuarbeiten. Seit Ende 1991 regelt das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) den Umgang mit der Stasi-Hinterlassenschaft und die verschiedenen Formen der Akteneinsicht. Zuvorderst können Einzelpersonen, die von der Stasi ausgespäht wurden, ihre Akten einsehen, um wieder volle Verfügung über ihre eigene Biographie zu bekommen. Auch Wissenschaftler und Journalisten können Akten für die historische Aufarbeitung beantragen. Anträge auf Akteneinsicht können bei der BStU in Berlin sowie in allen Außenstellen eingereicht werden. Antragsformulare sind bei allen Dienststellen der BStU, per Post oder über das Internet (www.bstu.bund.de) erhältlich. Die Akteneinsicht ist für Betroffene kostenfrei.

Zentrale Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin

Hausanschrift: Karl-Liebknecht-Straße 31/33 | 10178 Berlin

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (030) 23 24 - 50

Fax: (030) 23 24 77 99

E-Mail: post@bstu.bund.de

www.bstu.bund.de

Ansprechpartnerin: Frau Haase

Tel.: (030) 23 24 70 00

Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

Brandenburg

— **Außenstelle Frankfurt/Oder**

Fürstenwalder Poststraße 87 | 15234 Frankfurt/Oder

Tel.: (0335) 6 06 8 - 0

Fax: (0335) 6 06 82 419

E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

Internet: www.bstu.bund.de

Leiter: Rüdiger Sielaff

Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00, Fr 8.00–14.00

Zur Außenstelle gehört außerdem die Gedenk- und Dokumentationsstätte
»Opfer politischer Gewaltherrschaft«

Collegienstraße 10 | 15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: (0335) 6 80 27 12
Sprechzeiten: Di und Do 10.00–17.00

— Bürgerberatungsstelle Cottbus

Durch die Stadt Cottbus wurde ein Raum im Technischen Rathaus zur Verfügung gestellt, um bürger-nah eine Beratungsstelle einzurichten. Telefonisch ist die Beratungsstelle nicht zu erreichen. Aus-künfte erteilt die BStU-Außenstelle in Frankfurt/Oder.

Hausanschrift: Karl-Marx-Straße 67 | 03044 Cottbus
Sprechzeiten: jeden letzten Di im Monat von 9.00–17.00 Uhr (Raum 3.073)

Mecklenburg-Vorpommern

— Außenstelle Rostock

Hohen Tannen 11 | 18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (038208) 82 6-0
Fax: (038208) 82 61 219
E-Mail: astrostock@bstu.bund.de
Internet: www.bstu.bund.de
Leiter: Dr. Volker Höffer
Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

— Außenstelle Schwerin

19065 Görslow
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (03860) 50 3-0
Fax: (03860) 50 31 419
E-Mail: astschwerin@bstu.bund.de
Internet: www.bstu.bund.de
Leiterin: Corinna Kalkreuth
Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

— Außenstelle Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120 | 17033 Neubrandenburg
Tel.: (0395) 77 74-16 22
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0395) 77 74-0
Fax: (0395) 77 74 16 19
E-Mail: astneubrandenburg@bstu.bund.de
www.bstu.bund.de
Leiter: Holm-Henning Freier
Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

Sachsen

— Außenstelle Chemnitz

Jagdschänkenstraße 56 | 09117 Chemnitz
Tel.: (0371) 80 82-0
Fax: (0371) 80 82 37 19
E-Mail: astchemnitz@bstu.bund.de
Internet: www.bstu.bund.de
kommissarischer Leiter: Lothar Raschker
Sprechzeiten: Mo–Do 7.00–17.00 Uhr, Fr 7.00–14.00 Uhr

— Außenstelle Dresden

Riesaer Straße 7 | 01129 Dresden
Tel.: (0351) 25 08-0
Fax: (0351) 25 08 34 19
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de
Internet: www.bstu.bund.de
Leiter: Konrad Felber
Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr, Sa nach Voranmeldung

— Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24 | 04109 Leipzig
 Tel.: (0341) 22 47-31 18
 Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0341) 22 47-0
 Fax: (0341) 22 47-32 19
 E-Mail: astleipzig@bstu.bund.de
 Internet: www.bstu.bund.de
 Leiterin: Regina Schild
 Sprechzeiten: Mo–Fr 9.00–18.00 Uhr, Sa und So 10.00–18.00 Uhr;
 persönliche und telefonische Bürgerberatung:
 Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

Sachsen-Anhalt

— Außenstelle Halle/Saale

Blücherstraße 2 | 06122 Halle
 Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0345) 61 41 - 0
 Fax: (0345) 61 41 27 19
 E-Mail: asthalle@bstu.bund.de
 Internet: www.bstu.bund.de
 Leiterin: Uta Leichsenring
 Sprechzeiten: Mo, Mi, Do 8.00–17.00 Uhr, Di 8.00–18.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr
 und nach Vereinbarung

— Außenstelle Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 4 | 39116 Magdeburg
 Tel.: (0391) 62 71-21 51
 Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0391) 62 71-0
 Fax: (0391) 62 71 22 19
 E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de
 Internet: www.bstu.bund.de
 Leiter: Jörg Stoye
 Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

Thüringen

— Außenstelle Erfurt

Petersberg Haus 19 | 99084 Erfurt
 Tel.: (0361) 55 19-0
 Fax: (0361) 55 19 47 19
 E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de
 www.bstu.bund.de
 Leiter: Wolfgang Brunner
 Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

— Außenstelle Suhl

Weidbergstraße 34 | 98527 Suhl
 Tel.: (03681) 45 6-0
 Fax: (03681) 45 6-45 19
 E-Mail: astsuhl@bstu.bund.de
 www.bstu.bund.de
 Leiterin: Monika Aschenbach
 Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

— Außenstelle Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1 | Haus 3 | 07548 Gera
 Tel.: (0365) 55 18-0
 Fax: (0365) 55 18 42 19
 E-Mail: astgera@bstu.bund.de
 Internet: www.bstu.bund.de
 Leiter: Andreas Bley
 Sprechzeiten: Mo–Do 8.00–17.00 Uhr, Fr 8.00–14.00 Uhr

4. ÜBERSICHT ÜBER DEN VERBLEIB VON GEFANGENENAKTEN DER EHEMALIGEN DDR

Das Bundesarchiv hat aufgrund der großen Zahl von Anfragen bzgl. der Nachweise von Inhaftierungszeiten, Gerichts- und Strafvollzugsakten sowie Arbeits- und Gesundheitsunterlagen zu Haftzeiten in der ehemaligen DDR eine Liste über den Verbleib von Gefangenenakten der DDR zusammengestellt. Die im Bundesarchiv vorliegende Zentrale Gefangenenkartei des Ministeriums des Innern (MDI) enthält Angaben zu den Strafvollzugsanstalten, in denen die Haftzeit verbüßt wurde. Ebenfalls im Bundesarchiv aufbewahrt werden die Gefangenenpersonalakten von freigekauften bzw. für den Freikauf vorgesehenen Häftlingen für den Zeitraum 1980 bis 1989. Darüber hinaus liegt eine Auswahl von Gefangenenakten zu Verurteilten des Sowjetischen Militärtribunals und des Landgerichts Chemnitz in Waldheim (Waldheimer-Prozesse) vor.

Die nachfolgende Übersicht über den Verbleib der Gefangenenakten von Verhafteten und Inhaftierten der DDR entstand auf der Grundlage des Verzeichnisses von Gefangenenakten der DDR von der Senatsverwaltung für Justiz Berlin vom August 1995. Diese Übersicht wurde über die Jahre anhand neuer Erkenntnisse (Internetrecherchen, Anrufe bei Behörden u. s. w.) aktualisiert. Die Zusammenstellung der Justizvollzugsanstalten (JVA) erfolgt entsprechend der ostdeutschen Bundesländer. Bei einigen JVA war es nicht möglich, den genauen Aufenthaltsort der damals vorliegenden Unterlagen zu ermitteln. Um den Verlust von Informationen zu vermeiden, wurde in diesem Fall auf die Zentrale Justizbehörde des jeweiligen Landes verwiesen. Aufgrund der Fülle der Informationen ist es nicht möglich, die Gültigkeit jeder einzelnen Adresse sowie sonstigen Informationen in regelmäßigen Abständen abzu prüfen. Die Liste erhebt also keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll das Auffinden der Unterlagen in den Justizvollzugsanstalten erleichtern. Korrekturen bzw. Ergänzungen werden gerne unter nachstehender Adresse entgegengenommen:

— Bundesarchiv Referat DDR 2

Finckensteinallee 63
12205 Berlin
Ansprechpartner: Herr Lamster
E-Mail: s.lamster@bundesarchiv.de

Berlin

— Senatsverwaltung Berlin

Salzburger Straße 21 – 25
10825 Berlin

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Untersuchungshaftanstalt Berlin I (Rummelsburg)	v. a. 1. Hälfte 1960er und 1980er Jahre > Auswahlüberlieferung (ca. 80 Akteneinheiten)	Landesarchiv Berlin Eichenborndamm 115 – 121 13403 Berlin
Untersuchungshaftanstalt Berlin II (Rummelsburg)	ab 1958, v. a. 1980er Jahre > Auswahlüberlieferung (ca. 105 Akteneinheiten)	
Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen (Ministerium für Staatssicherheit)	nur: 1990 11 Akteneinheiten ehemaliger Funktionsträger der Regierung und Führung der SED (kurzfristiger Aufenthalt in der Einrichtung) > ansonsten Verweis auf BSTU	
Strafvollzugsanstalt Berlin-Köpenick	v. a. 1980er Jahre > Auswahl- überlieferung (ca. 140 Akteneinheiten) und Kartei (ohne Akten) 1950er – 1960er Jahre	
Strafvollzugseinrichtung Berlin (Rummelsburg)	ab 1956, v. a. 1980er Jahre Auswahlüberlieferung (ca. 230 Akteneinheiten)	

Brandenburg

— **Ministerium der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg**
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Stravollzugseinrichtung Brandenburg	1949 bis 1992	Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel Anton-Saefkow-Allee 22 14772 Brandenburg an der Havel
	Untersuchungen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Karl-Liebknecht-Straße 31/33 10178 Berlin
Untersuchungshaftanstalt Brandenburg	1953 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
Strafvollzugseinrichtung Cottbus	1959 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Cottbus Oststraße 2 03052 Cottbus
	1961 bis 1975	Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel Anton-Saefkow-Allee 22 14772 Brandenburg an der Havel
	1976 bis 1992	Justizvollzugsanstalt Cottbus Oststraße 2 03052 Cottbus
	Untersuchungen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Karl-Liebknecht-Straße 31/33 10178 Berlin

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Frankfurt/Oder	1972 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Frankfurt/Oder Robert-Havemann-Straße 11 15236 Frankfurt
Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Oder	1961 bis 1971	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	1984 bis 1989	Justizvollzugsanstalt Frankfurt/Oder Robert-Havemann-Straße 11 15236 Frankfurt
Strafvollzugseinrichtung Königs Wusterhausen	1971 bis 1979 Teilakten vorhanden ab 1980 vollständig	Jugendarrestanstalt Königs Wusterhausen Schloßstraße 4 15711 Königs Wusterhausen
Strafvollzugseinrichtung Luckau	1961 bis 1970 (Jugendhausen Luckau)	Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel Anton-Saefkow-Allee 22 14772 Brandenburg an der Havel
	1971 bis August 1977 (Jugendhaus Luckau)	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	September 1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Spremberg Neudorfer Weg 1 03130 Spremberg
Arbeitskommando Mildenberg	1953 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
Strafvollzugseinrichtung Neuruppin	1971 bis 1981 Teilakten vorhanden ab 1982 bis 1991 vollständig	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
Untersuchungshaftanstalt Nauen	1953 bis 1962	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
Strafvollzugseinrichtung Oranienburg	1957 bis 1970 vollständig 1971 bis 1979 Teilakten 1980 bis 1990 vollständig	Justizvollzugsanstalt Oranienburg Berliner Straße 38 16515 Oranienburg

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Potsdam	1958 bis 1960 1971 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Berliner Straße 38 16515 Oranienburg
Strafvollzugseinrichtung Prenzlau	ab 1970 vorhanden	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
Strafvollzugseinrichtung Rüdersdorf (zugleich Strafvollzugskommando und Haftarbeitslager)	Haftarbeitslager Rüdersdorf von 1952 bis 1960	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Zum Windmühlenberg 14469 Potsdam, OT Bornim
	1961 bis 1975	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	1976 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben Lehmkietenweg 1 15926 Luckau, OT Duben
Strafvollzug Rüdersdorf	Gesundheitsakten von 1968 bis 1992	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Zum Windmühlenberg in 14469 Potsdam, OT Bornim
Haftarbeitslager Schacksdorf	1960 bis 1968	Justizvollzugsanstalt Cottbus Oststraße 2 03052 Cottbus
Strafvollzugseinrichtung Schwedt/Oder	1961 bis 1969	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	1964 bis 1982 teilweise Akten vorhanden	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Zum Windmühlenberg 14469 Potsdam, OT Bornim
Strafvollzugseinrichtung Schwarze Pumpe	1961 bis 1975	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	1976 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Spremberg Neudorfer Weg 1 03130 Spremberg

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Haftarbeitslager Stalinstadt (Eisenhüttenstadt)	1971 bis 1975	Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow Ausbau 8 16835 Neuruppin
	1976 bis 1980 und ab 1981 vollständig vorhanden	Justizvollzugsanstalt Wriezen Schulzendorfer Straße 5 16269 Wriezen

Mecklenburg-Vorpommern

— Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern

Puschkinstraße 19 – 21
19055 Schwerin

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Bützow	1961 bis 1975	Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Postfach 111252 19011 Schwerin
	1976 bis 1993 (ab 1987 Gesundheitsunterlagen nicht enthalten)	Justizvollzugsanstalt Bützow Kühlungsborner Straße 29 a 18246 Bützow
Strafvollzugseinrichtung Greifswald	1976 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Stralsund Franzenshöhe 18439 Stralsund
Untersuchungshaftanstalt Greifswald	1976 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Stralsund Franzenshöhe 18439 Stralsund
Strafvollzugseinrichtung Güstrow	1967 bis 1990 (▪ bis 1970 ohne Gesundheitsunterlagen; ▪ ab 1971 bis 1978 teilweise Gesundheitsunterlagen ▪ ab 1979 vollständig Gesundheitsunterlagen)	Verweis an das Justizministerium s. o.

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Untersuchungshaft Hagenow	1954 bis 1960 unvollständig 1976 bis 1992	Verweis an das Justizministerium s. o.
Strafvollzugseinrichtung Neubrandenburg	1986 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Neustrelitz Am Kaulksee 3 17235 Neustrelitz
	Mai 1990 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg Neustrelitzer Straße 120 17033 Neubrandenburg
Strafvollzugseinrichtung Neustrelitz	1959 bis 1960 1976 bis 1990 (ab 1980 vollständig)	Justizvollzugsanstalt Neustrelitz Am Kaulksee 3 17235 Neustrelitz
Untersuchungshaftanstalt Rostock	1971 bis 1975	Landespolizei M-V Zentralstelle für Technik und Beschaffung Dezernat 1 Postfach 010462 19004 Schwerin
	1976 bis 1991	Justizvollzugsanstalt Bützow Kühlungsborner Straße 29 a 18246 Bützow
Untersuchungshaft Schwerin	1949 bis 1960 1970 bis 1979 (unvollständig) 1986 (8 Akten verfügbar)	Verweis an das Justizministerium s. o.
Strafvollzugseinrichtung Stralsund	1971 bis 1975	Landespolizei M-V Zentralstelle für Technik und Beschaffung Dezernat 1 Postfach 010462 19004 Schwerin
	1976 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Stralsund Franzenhöhe 18439 Stralsund
Strafvollzugseinrichtung Ueckermünde (Berndshof)	Gefangenenkarteikarten 1969 bis 2000	Landesarchiv Greifswald Martin-Andersen-Nexö-Platz 1 in 17489 Greifswald
Strafvollzugseinrichtung Warnemünde	1971 bis 1975	Landespolizei M-V Zentralstelle für Technik und Beschaffung Dezernat 1 Postfach 010462 19004 Schwerin

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
	1976 bis 1993 (ab 1981 unvollständige Gesundheitsakten)	Justizvollzugsanstalt Bützow Kühlungsborner Straße 29 a 18246 Bützow
Jugendarrestanstalt Wismar	1965 bis 1970 (ohne Gesundheitsunterlagen)	Jugendarrestanstalt Wismar Kellerstraße 1 23966 Wismar
	1971 bis 1975	Landespolizei M-V Zentralstelle für Technik und Beschaffung Dezernat 1 Postfach 010462 19004 Schwerin
	1976 bis 1987 teilweise Gesundheitsunterlagen) 1988 bis 1992	Jugendarrestanstalt Wismar Kellerstraße 1 23966 Wismar

Sachsen

— Sächsisches Staatsministerium der Justiz

Hospitalstraße 7
01097 Dresden

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Außenstelle Altenburg (Strafvoll- zugseinrichtung Leipzig und Regis)	1971 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig
Stravollzugseinrichtung Bautzen I	1953 bis 1961	Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden Archivstraße 14 01097 Dresden
	1971 bis 1990 gesonderte Gesundheitsunterlagen von 1974 bis 1986	Justizvollzugsanstalt Bautzen Breitscheidstraße 4 02625 Bautzen

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Bautzen II	1972 bis 1990 (ab 1982 vollständig vorhanden) Akten vom MFS ab 1976 gesonderte Gesundheitsunterlagen ab 1976	Justizvollzugsanstalt Bautzen Breitscheidstraße 4 02625 Bautzen
Strafvollzugseinrichtung Chemnitz	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Chemnitz (Teilanstalt Reichenhain) bzw. (Teilanstalt Kaßberg) Reichenhainer Straße 236 09125 Chemnitz bzw. Hohe Straße 21 09112 Chemnitz
Haftarbeitslager Crimmitschau	Keine Erkenntnisse, wahrscheinlich vernichtet	
Strafvollzugseinrichtung Dresden	1958 bis 1961 unvollständig 1971 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Dresden Hammerweg 30 01127 Dresden
Haftarbeitslager Döbeln	Keine Aussage zur Vollständigkeit	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Außenstelle Freiberg (Strafvollzugseinrichtung Stollberg)		Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Haftarbeitslager Freital	1963 bis 1965	Justizvollzugsanstalt Dresden Hammerweg 30 01127 Dresden
Strafvollzugseinrichtung Görlitz	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Görlitz Postplatz 18 02826 Görlitz
Haftarbeitslager Himmelsmühle	1953 bis 1963	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Haftarbeitslager Klotzsche	1957 (Buchstaben L bis M) 1956 bis 1958 Sammelakten (Name, Vorname, Geburtsdatum und Entlassungsjahr)	Justizvollzugsanstalt Dresden Hammerweg 30 01127 Dresden

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Leipzig	1960 (vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig
	1961 bis 1970	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig Schongauerstraße 1 04328 Leipzig
	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig
Strafvollzugs Krankenhaus Leipzig	1974 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig
Außenstelle Markleeberg (Strafvollzugseinrichtung Leipzig)	1971 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 in 04289 Leipzig
Haftarbeitslager Oelsnitz	1955 bis 1965	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Strafvollzugseinrichtung Plauen	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden) 37 Akten von Gefangenen mit Abgang Bundesrepublik Deutschland	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Außenstelle Rackwitz (Strafvollzugseinrichtung Leipzig)	1971 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig
Strafvollzugseinrichtung Regis	1961 bis 1970	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig Schongauerstraße 1 04328 Leipzig
	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Leinstraße 111 04289 Leipzig

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Haftarbeitslager Riesa	1960 bis 1964 Sammelakten	Justizvollzugsanstalt Dresden Hammerweg 30 01127 Dresden
	1965 bis 1990 (keine Aussage zur Vollständigkeit)	Justizvollzugsanstalt Zeithain Glaubitzer Straße 01619 Zeithain
Außenstelle Schkeuditz (Strafvollzugseinrichtung Leipzig)	1971 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus Hammerweg 30 01127 Dresden
Strafvollzugseinrichtung Stollberg (Hoheneck)	1951 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
	1961 bis 1970 1976 bis 1977	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheits- dienstes der ehemaligen DDR Karl-Liebknecht-Straße 31/33 10178 Berlin
	1971 bis 1975 1978 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Strafvollzugseinrichtung Torgau	1958 bis 1960 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Torgau Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Strafvollzugseinrichtung Waldheim	1950 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
	1961 bis 1970	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig Schongauerstraße 1 04328 Leipzig
	1971 bis 1979 (ab 1980 vollständig vorhanden) Krankengeschichten aus der ehemaligen psychiatrischen Abteilung ab 1967	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Waldheim	Krankengeschichten aus der ehemaligen psychiatrischen Abteilung ab 1967	Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden Archivstraße 14 01097 Dresden
	Untersuchungen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheits- dienstes der ehemaligen DDR Karl-Liebknecht-Straße 31/33 10178 Berlin
Strafvollzugseinrichtung Zeithain	1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Zeithain Glaubitzer Straße 01619 Zeithain
Haftarbeitslager Zwickau (Strafvollzugseinrichtung Stollberg)	1955 bis 1958	Justizvollzugsanstalt Waldheim Dresdener Straße 1 a 04736 Waldheim
Strafvollzugseinrichtung Zwickau	1950 bis 1960	Justizvollzugsanstalt Zwickau Schillerstraße 2 08056 Zwickau
	1961 bis 1970 ersatzverfilmte Gefangenenunterlagen	Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz Schulstraße 38 09125 Chemnitz
	1961 bis 1975	Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Abt. 3 – Landespolizeipräsidium Wilhelm-Buck-Straße 2 – 4 01097 Dresden
	1976 bis 1990 (ab 1981 vollständig vorhanden)	Justizvollzugsanstalt Zwickau Schillerstraße 2 in 08056 Zwickau

Sachsen-Anhalt

- **Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt**
Domplatz 2 – 4
39104 Magdeburg
- **Zentrale Auskunftsstelle des Justizvollzuges des Landes Sachsen-Anhalt bei der Justizvollzugsanstalt Halle**
Postfach 110151
06015 Halle

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Bitterfeld	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Jugendanstalt Halle Wilhelm-Busch-Straße 38 06118 Halle
Strafvollzugseinrichtung Dessau	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Dessau-Roßlau Willy-Lohmann-Straße 27 06844 Dessau-Roßlau
Strafvollzugseinrichtung Halberstadt	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Halberstadt Gerichtsstraße 1 38820 Halberstadt
Jugendanstalt Halle	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Jugendanstalt Halle Wilhelm-Busch-Straße 38 06118 Halle
Strafvollzugseinrichtung Halle	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Halle Am Kirchtor 20 06108 Halle

Strafvollzug DDR	Zeitraum	Aktueller Aufenthaltsort
Strafvollzugseinrichtung Magdeburg	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Magdeburg Halberstädter Straße 8 a in 39112 Magdeburg
Strafvollzugseinrichtung Naumburg	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Naumburg Am Salztor 5 in 06618 Naumburg
Strafvollzugseinrichtung Raßnitz	1977 bis 1990	s. Zentrale Auskunftsstelle
Strafvollzugseinrichtung Stendal	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Stendal Hallstraße 27 in 39576 Stendal
Strafvollzugseinrichtung Thale	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Volkstedt Am Sandberg 11 in 06295 Volkstedt
Strafvollzugseinrichtung Volkstedt	1950 bis 1976	s. Zentrale Auskunftsstelle
	1977 bis 1990	Justizvollzugsanstalt Volkstedt Am Sandberg 11 in 06295 Volkstedt

Thüringen

- **Thüringer Justizministerium**
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

5. REHABILITIERUNGSGESETZE FÜR OPFER POLITISCHER VERFOLGUNG IN DER EHEMALIGEN SBZ/DDR

Opfer von SED-Unrecht haben einen Anspruch auf Rehabilitation und Entschädigung nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das den wesentlichen Inhalt des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes ausmacht, regelt neben der strafrechtlichen Rehabilitation die Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen. Zu Unrecht ergangene Hafturteile werden aufgehoben. Die Opfer erhalten eine Kapitalentschädigung für den erlittenen Freiheitsentzug. Außerdem können im Anschluss an die Rehabilitation nach dem StrRehaG weitere Leistungen beantragt werden. So können sich zum Beispiel Ansprüche aus der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden oder hinsichtlich einer Hinterbliebenenversorgung ergeben. Ebenso besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer (sog. Opferpension) zu stellen. Die wichtigsten Vorschriften des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes sind das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG). Mit dem VwRehaG wird Opfern von Verwaltungswillkür und Verwaltungsunrecht in der ehemaligen DDR, z. B. den Zwangsausgesiedelten an den innerdeutschen Grenzgebieten, und mit dem BerRehaG den im Berufsleben politisch Verfolgten ein Weg eröffnet, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien und soziale Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen. Besonders zu beachten sind die jeweiligen Antragsfristen in den Rehabilitierungsgesetzen; durch das Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR wurden diese bis zum 31. Dezember 2019 verlängert.

5.1. Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz

Das StrRehaG ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen deutscher Gerichte im Beitrittsgebiet über Freiheitsentziehung und demgemäß die Rehabilitation durch einen Gerichtsbeschluss. Rehabilitiert werden können alle Personen – nicht nur deutsche Staatsbürger – gegen die eine strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichtes im Beitrittsgebiet in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 ergangen ist. Rehabilitierungsfähig sind neben strafrechtlichen gerichtlichen Entscheidungen auch sonstige strafrechtliche Maßnahmen. Darüber hinaus ist eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist, rehabilitierungsfähig nach dem StrRehaG. Dies gilt insbesondere für die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt, die der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat. Eine Entscheidung oder Maßnahme wird als aufgehoben bzw. rechtsstaatswidrig erklärt, soweit sie mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist. Das ist vor allem dann der Fall, wenn eine Entscheidung der politischen Verfolgung gedient hat oder die angeordneten Rechtsfolgen (Strafen und Nebenfolgen) im groben Missverhältnis zu der zugrunde liegenden Tat stehen.

Die strafrechtliche Rehabilitation ermöglicht die Rückgabe oder Entschädigung eingezogener Vermögenswerte, die Entfernung der rechtsstaatswidrigen Verurteilung aus dem Strafregister. Ferner besteht ein Anspruch auf die Erstattung bezahlter Geldstrafen, der Kosten des früheren Verfahrens und der damals notwendigen Auslagen im Verhältnis von 2,– Mark der DDR zu 1,– DM bzw. 0,51 €. Daneben begründet die Rehabilitation Ansprüche auf nachstehende soziale Ausgleichsleistungen:

- Kapitalentschädigung
- Monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer (sog. Opferpension)
- Unterstützungsleistungen
- Beschädigtenversorgung
- Hinterbliebenenversorgung
- Anrechnung der Haftzeiten in der Rentenversicherung.

Die Auszahlung der Kapitalentschädigung erfolgt an den Betroffenen; nur unter besonderen Voraussetzungen können auch dessen Erben diese erhalten.

Die Unterstützungs- und Versorgungsleistungen werden dem Betroffenen oder nach seinem Tod den Hinterbliebenen gewährt.

Für das strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren ist dasjenige Landgericht zuständig, in dessen Bezirk das erstinstanzliche Straf- oder Ermittlungsverfahren durchgeführt worden ist. Soweit das Oberste Gericht der DDR entschieden hat, ist das Landgericht Berlin zuständig. Der Antrag kann bei jedem Gericht (Anschriftenverzeichnis der Gerichte auf den Seiten 86 ff), also auch am Wohnsitz, schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle gestellt werden. Zur Vermeidung von Zeitverlusten ist es jedoch sinnvoll, sich direkt an das zuständige Gericht zu wenden.

Für die Erstattung der Geldstrafen und Kosten ist die Landesjustizverwaltung bzw. die von der Landesregierung bestimmte Entschädigungsstelle zuständig, in deren Bereich die Rehabilitierungsentscheidung ergangen ist (Anschriftenverzeichnis der Entschädigungsstellen auf den Seiten 88 ff).

Anträge auf Versorgung für haftbedingte Gesundheitsschäden sowie Versorgungsleistungen für Hinterbliebene sind an das für den Wohnsitz zuständige Versorgungsamt zu stellen. Für Anträge auf Fürsorgeleistungen sind die Hauptfürsorgestellen bzw. Integrationsämter der jeweiligen Länder zuständig und – soweit vorhanden – die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegsopfer. Sie werden aber auch von den örtlichen Sozialämtern entgegengenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Fürsorgeleistungen umfassen eine Reihe von Leistungen zur individuellen Ergänzung der übrigen Versorgungsleistungen. Das können u. a. ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfen zur beruflichen Rehabilitation und zur Pflege sowie Erholungshilfe sein. Die Anschriften der Versorgungsverwaltungen sind auf den Seiten 92 ff und die der Hauptfürsorgestellen auf der Seite 94 aufgeführt.

Ein Anspruch auf eine monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer (sog. Opferpension) besteht, wenn eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung mit einer Haftzeit von mindestens 180 Tagen erlitten wurde und der Betroffene in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt ist. Für die Beantragung der sog. Opferpension finden sich die zuständigen Behörden und deren Anschriften auf den Seiten 89 ff. Die monatliche besondere Zuwendung erhält nur der Betroffene. Die nächsten Angehörigen von Hingerichteten oder von während der Freiheitsentziehung oder im Anschluss an die Freiheitsentziehung an deren Folgen Verstorbenen können Unterstützungsleistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Anschrift siehe Seite 44) erhalten.

5.2. Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz

Das VwRehaG hat die Aufhebung – vom StrRehaG nicht erfasster – elementar rechtsstaatswidriger Maßnahmen von DDR-Organen bzw. die Feststellung von deren Rechtsstaatswidrigkeit zum Gegenstand, wenn die Maßnahme zu einer gesundheitlichen Schädigung, zu einem Eingriff in die Vermögenswerte oder zu einer beruflichen Benachteiligung geführt hat und die Folgen noch unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken. Ist das der Fall, so hat der Betroffene Folgeansprüche, die sich je nach verletztem Rechtsgut nach den einschlägigen Gesetzen richten. Das sind bei Gesundheitsschäden das Bundesversorgungsgesetz, bei Eingriffen in das Vermögen das Vermögensgesetz bzw. das Entschädigungsgesetz und bei Eingriffen in Ausbildung oder Beruf das Berufliche Rehabilitierungsgesetz. Zuständig für die Folgeansprüche sind jeweils die Behörden, die für die Leistungen nach den genannten Gesetzen verantwortlich sind. Das sind die Versorgungsämter, die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen und die nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz zuständigen Behörden.

Anträge auf verwaltungsrechtliche (und gegebenenfalls berufliche) Rehabilitierung sind an die in den neuen Ländern und Berlin eingerichteten Rehabilitierungsbehörden zu stellen (Anschriftenverzeichnis der Rehabilitierungsbehörden auf den Seiten 87 ff). Zuständig ist die Rehabilitierungsbehörde des Landes, in dessen Gebiet die rechtsstaatswidrige Maßnahme ergangen ist. Die Anschriften der Versorgungsämter sind auf den Seiten 92 ff und die der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen auf den Seiten 95 ff aufgeführt.

5.3. Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz

Das BerRehaG sieht für die Eingriffe in den Beruf oder in die berufsbezogene Ausbildung, die der politischen Verfolgung gedient haben, Rehabilitation und soziale Ausgleichsleistungen vor. Schwerpunkt der gesetzlichen Regelung ist der Ausgleich von Nachteilen bei der Rente. Daneben gibt es für die Opfer politischer Verfolgung im beruflichen Bereich eine bevorzugte Förderung von Fortbildung, Umschulung und Studium. Für die berufliche Rehabilitation sind die Rehabilitierungsbehörden des Landes zuständig, von dessen Gebiet die Verfolgungsmaßnahme oder die rechtsstaatswidrige Verwaltungsmaßnahme ausgegangen ist (die Anschriften der Rehabilitierungsbehörden finden sich auf den Seiten 87 ff). Hat ein Eingriff in den Beruf oder die Ausbildung in politischer Haft bestanden, muss – im Hinblick auf die Haftzeit – zunächst ein strafrechtliches Rehabilitierungsverfahren durchgeführt werden. Das ist nicht erforderlich, wenn bereits eine Anerkennung als politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) vorliegt, wenn ein Kassationsverfahren erfolgreich durchgeführt worden oder wenn die Aufhebung oder Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit der Maßnahme nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz erfolgt ist.

Für die bevorzugte Förderung der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Studium sind die örtlichen Arbeitsämter und die BAföG-Ämter zuständig. Ausgleichsleistungen für Verfolgungsoffer in schwieriger wirtschaftlicher Situation sind bei dem für den Wohnsitz zuständigen Sozialamt zu beantragen.

Dieser Beitrag kann nur einen allgemeinen und unverbindlichen Überblick geben. Es empfiehlt sich, zu Einzelfragen die bestehenden Beratungsangebote wahrzunehmen. Der komplette Wortlaut der behandelten Gesetze ist im Internet unter <http://www.gesetze-im-internet.de/> abrufbar.

Das Bundesministerium für Justiz (BMJ) hält ausführliche Merkblätter zu den Gesetzen bereit, die unter www.bmj.bund.de abgerufen oder nach Anforderung zugeschickt werden können (Anschrift: Mohrenstraße 37 | 10117 Berlin).

6. ANSCHRIFTENVERZEICHNIS FÜR DIE DURCHSETZUNG REHABILITIERUNGSRECHTLICHER ANSPRÜCHE

6.1. Gerichte mit Rehabilitierungskammern

— Berlin

Landgericht Berlin

Turmstraße 91 | 10559 Berlin
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (030) 90 14-0

— Brandenburg

Landgericht Cottbus

Gerichtsstraße 3-4 | 03046 Cottbus
Tel.: (0355) 63 71-0

Landgericht Frankfurt/Oder

Müllroser Chaussee 55 | 15236 Frankfurt/Oder
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0335) 36-60

Landgericht Potsdam

Jägerallee 10-12 | 14469 Potsdam
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0331) 20 17-0

— Mecklenburg-Vorpommern

Landgericht Neubrandenburg

Justizzentrum | Friedrich-Engels-Ring 15-18 | 17033 Neubrandenburg
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0395) 54 44-0

Landgericht Rostock

Neuer Markt 3 | 18055 Rostock
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0381) 44 43-60

Landgericht Schwerin

Demmlerplatz 1-2 | 19053 Schwerin
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0385) 74 15-0

— Sachsen

Landgericht Chemnitz

Hohe Straße 23 | 09112 Chemnitz
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0371) 45-30

Landgericht Dresden

Lothringer Straße 1 | 01069 Dresden
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0351) 44-60

Landgericht Leipzig

Harkortstraße 9 | 04107 Leipzig
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0341) 21 41-0

— Sachsen-Anhalt

Landgericht Halle

Hansering 13 | 06108 Halle
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0345) 22 00

Landgericht Magdeburg

Halberstädter Straße 8 | 39112 Magdeburg
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0391) 60 60

— Thüringen

Landgericht Erfurt

Domplatz 37 | 99084 Erfurt
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0361) 37 90-0

Landgericht Gera

Rudolf-Diener-Straße 2 | 07545 Gera
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0365) 83-40

Landgericht Meiningen

Lindenallee 15 | 98617 Meiningen
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (03693) 50-90

6.2. Rehabilitierungsbehörden

— Berlin

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin

Marienfelder Allee 66-80 | 12277 Berlin
Tel. (Zentrale/Vermittlung): (030) 90 17-30

— Brandenburg

Rehabilitierungsbehörde im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13 | 14467 Potsdam
Tel.: (0331) 86 60

- **Mecklenburg-Vorpommern**
Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern –
Amt für Rehabilitation und Wiedergutmachung
Puschkinstraße 19 – 21 | 19055 Schwerin
Tel.: (0385) 3460

- **Sachsen**
Landesdirektion Chemnitz – Referat für Rehabilitation
Altchemnitzer Straße 41 | 09120 Chemnitz
Tel.: (0371) 5320

- **Sachsen-Anhalt**
Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt – Nebenstelle Dessau
Kühnauer Straße 161 | 06118 Halle
Tel.: (0340) 6 50 63 23

- **Thüringen**
Landesamt für Soziales und Familie des Freistaates Thüringen –
Abteilung Soziales, Betreuung und Rehabilitation
Charlottenstraße 2 | 98617 Meiningen
Tel.: (03693) 46 00

6.3. Entschädigungsstellen (Anschriften für die Gewährung der Kapitalentschädigung)

- **Berlin**
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
Turmstraße 21 | 10559 Berlin
Tel.: (030) 90 22 90

- **Brandenburg**
Der Präsident des jeweiligen Landgerichtes, in dessen Geschäftsbereich
die Rehabilitierungsentscheidung ergangen ist.

- **Mecklenburg-Vorpommern**
Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern –
Bereich Rehabilitation und besondere Zuwendung für Haftopfer
Puschkinstraße 19 – 21 | 19055 Schwerin
Tel.: (0385) 5 88 30 30

- **Sachsen**
Der Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen – Entschädigungsstelle
Albertstraße 4 | 01097 Dresden
Tel.: (0351) 44 60

- **Sachsen-Anhalt**
Landesamt für Versorgung und Soziales
Neustädter Passage 15 | 06122 Halle
Tel.: (0345) 6 91 25 00

Landesverwaltungsamt – SED-Unrechtsbereinigung
Kühnauer Straße 161 | 06846 Dessau
Tel.: (0340) 6 50 63 04

- **Thüringen**
Landesverwaltungsamt, Abt. VII
Weimarplatz 4 | 99423 Weimar
Tel.: (03613) 77 00

6.4. Behörden für die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer (»Opferrente«)

- **Baden-Württemberg**
Nähere Auskünfte erteilt das
Innenministerium Baden Württemberg
Dorotheenstraße 6 | 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 23 14

- **Bayern**
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung
Winzererstraße 9 | 80797 München
Tel.: (089) 12 61 01

- **Berlin**
Landesamt für Gesundheit und Soziales
Referat II D
Turmstraße 21 | 12277 Berlin
Tel.: (030) 9 02 29-34 03

— **Brandenburg****Landgericht Cottbus**

Gerichtstraße 3–4 | 03046 Cottbus

Tel.: (0355) 63 71-0

Landgericht Frankfurt/Oder

Müllroser Chaussee 55 | 15236 Frankfurt/Oder

Tel.: (0335) 36 60

Landgericht Potsdam

Jägerallee 10–12 | 14469 Potsdam

Tel.: (0331) 20 17-0

Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg**Landesvertriebenen- und Aussiedleramt**

Lipezker Straße 45 | Haus 5 | 03048 Cottbus

Tel.: (0355) 2 89 36 00

— **Bremen****Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales des Landes Bremen****Referat Zuwanderungsangelegenheiten und Integrationspolitik**

Bahnhofplatz 29 | 28195 Bremen

Tel.: (0421) 3 61-51 77

— **Hamburg****Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Versorgungsamt**

Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg

Tel.: (040) 4 28 63-72 41

— **Hessen****Regierungspräsidium Darmstadt**

Luisenplatz 2 | 64283 Darmstadt

Tel.: (06151) 12-0

— **Mecklenburg-Vorpommern****Justizministerium – Referat Rehabilitation**

Puschkinstraße 19–21 | 19055 Schwerin

Tel.: (0385) 5 88 34 - 60

— **Niedersachsen**

Zuständig für die Gewährung von Leistungen nach den §§ 17 bis 19 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) sind die Landkreise, kreisfreien Städte und großen selbständigen Städte. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Wohnsitz des Betroffenen.

— **Nordrhein-Westfalen****Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen**

Horionplatz 1 | 40213 Düsseldorf

Tel.: (0211) 86 18-50

— **Rheinland Pfalz****Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier**

Willy-Brandt-Platz 3 | 54290 Trier

Tel.: (0651) 94 94-0

— **Saarland****Stadtverband Saarbrücken – Sozialamt**

Schlossplatz 6–7 | 66119 Saarbrücken

Tel.: (0681) 5 06 50 01

— **Sachsen****Regierungspräsidium Chemnitz**

Altchemnitzer Straße 41 | 09120 Chemnitz

Tel.: (0371) 5 32 22 72

— **Sachsen-Anhalt****Landesverwaltungsamt – Referat Versorgungsamt,****Hauptfürsorgestelle Soziales Entschädigungsrecht**

Maxim-Gorki-Straße 7 | 06114 Halle

Tel.: (0345) 51 40

Landesverwaltungsamt**Referat Versorgungsamt, Hauptfürsorgestelle Soziales Entschädigungsrecht**

Olvenstedter Straße 1–2 | 39108 Magdeburg

Tel.: (0391) 6 27-02

— **Schleswig-Holstein**

Landesamt für soziale Dienste

Steinmetzstraße 1–11 | 24534 Neumünster

Tel.: (04321) 91 35

— **Thüringen**

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Abteilung Soziales

Werner-Seelenbinder-Straße 6 | 99096 Erfurt

Tel.: (0361) 3 79 83 40

— **Wohnsitz im Ausland**

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Postfach 31 09 29 | 10639 Berlin

Hinweis: Die in der Übersicht aufgeführten Anlaufstellen sind erste Ansprechpartner und können ggf. an Ansprechpartnern in einzelnen Landkreisen weiter verweisen.

6.5. Versorgungsverwaltungen in den neuen Bundesländern

— **Berlin**

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin – Versorgungsamt

Sächsische Straße 28 | 10707 Berlin

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (030) 90 22 90

— **Brandenburg**

Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus – Versorgungsamt

Weinbergstraße 10 | 03050 Cottbus

Tel.: (0355) 2 89 32 20

Landesamt für Soziales und Versorgung, Außenstelle Frankfurt/Oder

Robert-Havemann-Straße 4 | 15236 Frankfurt/Oder

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0335) 55 82 22-0

Landesamt für Soziales und Versorgung, Außenstelle Potsdam

Zeppelinstraße 48 | 14471 Potsdam

Tel.: (0331) 27 61-0

— **Mecklenburg-Vorpommern**

Landesversorgungsamt Mecklenburg-Vorpommern/Rostock

Erich-Schlesinger-Straße 35 | 18059 Rostock

Tel.: (0381) 12 22 89

Versorgungsamt Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120 | 17033 Neubrandenburg

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0395) 38 00

Versorgungsamt Schwerin

Friedrich-Engels-Straße 47 | 19061 Schwerin

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (0385) 39 91-0

Versorgungsamt Stralsund

Frankendamm 17 | 18439 Stralsund

Tel. (Zentrale/Vermittlung): (03831) 26 97-0

— **Sachsen**

Landesdirektion Chemnitz

Altchemnitzer Straße 41 | 09120 Chemnitz

Tel.: (0371) 53 20

— **Sachsen-Anhalt**

Landesverwaltungsamt – Referat Versorgungsamt

Maxim-Gorki-Straße 7 | 06114 Halle/Saale

Tel.: 0345 / 51 40

Landesverwaltungsamt – Hauptfürsorgestelle Soziales Entschädigungsrecht

Olvenstedter Straße 1–2 | 39108 Magdeburg

Tel.: (0391) 5 67 02

— **Thüringen**

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Abteilung Soziales

Werner-Seelenbinder-Straße 6 | 99096 Erfurt

Tel.: (0361) 3 79 83 40

6.6. Hauptfürsorgestellen in den neuen Bundesländern

- **Berlin**
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin – Hauptfürsorgestelle/Integrationsamt
Sächsische Straße 28 | 10707 Berlin
Tel.: (030) 90 22 90

- **Brandenburg**
Landesamt für Soziales und Versorgung – Hauptfürsorgestelle
Weinbergstraße 10 | 03050 Cottbus
Tel.: (0355) 2 89 31 91

- **Mecklenburg-Vorpommern**
Landesamt für Gesundheit und Soziales – Hauptfürsorgestelle Neubrandenburg
Neustrelitzer Straße 120 | 17033 Neubrandenburg
Tel.: (0395) 38 00

- **Sachsen**
Kommunaler Sozialverband Sachsen
Thomasiusstraße 1 | 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 1 26 60

Kommunaler Sozialverband Sachsen – Außenstelle Chemnitz
Reichsstraße 3 | 09112 Chemnitz
Tel.: (0371) 57 70

- **Sachsen-Anhalt**
Landesverwaltungsamt – Referat Versorgungsamt
Maxim-Gorki-Straße 7 | 06114 Halle
Tel.: (0345) 51 40

Landesverwaltungsamt – Referat Versorgungsamt, Magdeburg
Olvenstedter Straße 1–2 | 39108 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 67 02

- **Thüringen**
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Abteilung Soziales
Werner-Seelenbinder-Straße 6 | 99096 Erfurt
Tel.: (0361) 3 79 83 40

6.7. Behörden zur Regelung offener Vermögensfragen

- **Berlin**
Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)
DGZ-Ring 12 | 13086 Berlin
Tel.: (030) 18 70 30-0

Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Adalbertstraße 50 | 10179 Berlin
Tel.: (030) 90 20-0

- **Brandenburg**
Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Magdeburger Straße 51 | 14770 Brandenburg
Tel.: (03381) 39 82 00

Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen – Außenstelle Teilbereich B
Hauptallee 116/4 | 15806 Zossen
Tel.: (03370) 27 25 03

- **Mecklenburg-Vorpommern**
Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Markt 20/21 | 17489 Greifswald
Tel.: (03834) 57 11-0

Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, Außenstelle Schwerin
Hopfenbruchweg 4 | 19059 Schwerin
Tel.: (0385) 74 30-0

- **Sachsen**
Landesdirektion Dresden – Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden
Tel.: 0351 / 81 35 01

- **Sachsen-Anhalt**
Landesverwaltungsamt – Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Ernst-Kamieth-Straße 2 | 06112 Halle
Tel.: (0345) 5 14 37 11

- **Thüringen**
Thüringer Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen
Ernst-Toller-Straße 14 | 07545 Gera
Tel.: (0365) 82 37-0

6.8. Landesjustizverwaltungen

- **Baden-Württemberg**
Justizministerium Baden-Württemberg
Schillerplatz 4 | 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 27 90
- **Bayern**
Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Prielmayerstraße 7 | 80335 München
Tel.: (089) 55 97 01
- **Berlin**
Senatsverwaltung für Justiz Berlin
Salzburger Straße 21–25 | 10825 Berlin
Tel.: (030) 90 13-0
- **Brandenburg**
Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam
Tel.: (0331) 86 60
- **Bremen**
Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen
Richtweg 16–22 | 28195 Bremen
Tel.: (0421) 3 61 24 58
- **Hamburg**
Justizbehörde der Freien Hansestadt Hamburg
Drehbahn 36 | 20354 Hamburg
Tel.: (040) 42 82 80

- **Hessen**
Hessisches Ministerium der Justiz
Luisenstraße 13 | 65185 Wiesbaden
Tel.: (0611) 32-0
- **Mecklenburg-Vorpommern**
Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstraße 19–21 | 19055 Schwerin
Tel.: (0385) 58 80
- **Niedersachsen**
Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterlooplatz 1 | 30169 Hannover
Tel.: (0511) 12 00
- **Nordrhein-Westfalen**
Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40 | 40212 Düsseldorf
Tel.: (0211) 87 92-0
- **Rheinland-Pfalz**
Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz
Ernst-Ludwig-Straße 3 | 55116 Mainz
Tel.: (06131) 16-0
- **Saarland**
Ministeriums für Justiz, Gesundheit und Soziales des Saarlandes
Zähringerstraße 12 | 66119 Saarbrücken
Tel.: (0681) 50 10-0
- **Sachsen**
Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Hospitalstraße 7 | 01097 Dresden
Tel.: (0351) 56 40

— **Sachsen-Anhalt****Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt**

Domplatz 2–4 | 39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 5 67 01

— **Schleswig-Holstein****Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa Schleswig-Holstein**

Lorentzendam 35 | 24103 Kiel

Tel.: (0431) 98 80

— **Thüringen****Thüringer Justizministerium**

Werner-Seelenbinder-Straße 5 | 99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 95 00-0

LITERATURHINWEISE

BAUM, ECKHARDT: Die Entschädigung psychischer Gesundheitsschäden infolge politischer Inhaftierung in der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 920–926.**BARBE, ANSGAR:** Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010.**BEHNKE, KLAUS/FUCHS, JÜRGEN (Hrsg.):** Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi, Hamburg 1995.**BRUNS, MICHAEL/SCHRÖDER, MICHAEL/TAPPERT, WILHELM:** Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz. Kommentar, Heidelberg 1993.**FINN, GERHARD/FRICKE, KARL-WILHELM:** Politischer Strafvollzug in der DDR, Köln 1981.**FREYBERGER, HARALD J./FROMMER, JÖRG/MAERCKER, ANDREAS/STEIL, REGINA:** Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Hrsg. Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dresden 2003.**GUCKES, ULRIKE:** Opferentschädigung nach zweierlei Maß? Eine vergleichende Untersuchung der gesetzlichen Grundlagen der Entschädigung für das Unrecht der NS-Diktatur und der SED-Diktatur, Berlin 2008.**HERZLER, JÜRGEN et al.:** Rehabilitation. StrRehaG/VwRehaG/BerRehaG. Potsdamer Kommentar, 2. Auflage, Stuttgart 1997.**MAERCKER, ANDREAS:** Posttraumatische Belastungsstörungen. Psychologie der Extrembelastungsfolgen bei Opfern politischer Gewalt, Lengerich 1998.**MARXEN, KLAUS/WERLE, GERHARD/SCHÄFER, PETRA:** Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht, Berlin 2007.**MÜLLER, KLAUS-DIETER/STEPHAN, ANNEGRET (Hrsg.):** Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998.

PLOGSTEDT, SIBYLLE: Knastmauke. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung, Gießen 2010.

SIEGMUND, JÖRG: Die Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften. Handlungsbedarf, Lösungskonzepte und Realisierungschancen.
URL: http://www.stiftung-aufarbeitung.de/downloads/pdf/siegmund_reha.pdf

STEPHAN, ANNEGRET (Hrsg.): 1945 bis 2000: Ansichten zur deutschen Geschichte. Zehn Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer Politischer Gewalt-herrschaft 1945 bis 1989, Opladen 2002.

TAPPERT, WILHELM: Die Wiedergutmachung von Staatsunrecht in der SBZ/DDR durch die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung, Berlin 1995.

TROBISCH-LÜTGE, STEFAN: Das späte Gift. Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, Gießen 2004.

WIDMAIER, CHRISTIAN: Häftlingshilfegesetz, DDR-Rehabilitierungsgesetz, SED-Unrechts-bereinigungsgesetze: Rehabilitation und Wiedergutmachung von SBZ/DDR-Unrecht?, Frankfurt/Main 1999.

WIMMER, KLAUS: Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz. Kommentar, Berlin 1995.

FORMULAR FÜR NEUEINTRÄGE

Die Broschüre ist auch über die Homepage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (www.stiftung-aufarbeitung.de) verfügbar und wird hier in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert. Änderungen zu Ansprechpartnern, Telefonnummern etc. sowie Hinweise zu Neueinträgen bitten wir der Bundesstiftung Aufarbeitung schriftlich mitzuteilen.

Neueintrag/Änderungen:

1. Name der Institution
2. Selbstdarstellung (Aufgaben, Ziele und Angebote)

3. Anschrift (Straße, PLZ, Ort)

4. Telefon:

5. Telefax:

6. E-Mail:

7. Internet-Adresse:

8. Ansprechpartner:

9. Sprechzeiten:

Bitte senden Sie diese Informationen an:

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur | Kronenstraße 5 | 10117 Berlin
Fax: +49 (0)30 31 98 95-210 | E-Mail: r.gleinig@stiftung-aufarbeitung.de.

Den Opfern diktatorischer Willkür und jenen, die Widerstand leisteten und dafür büßen mussten, soll mit der vorliegenden Broschüre eine Orientierungshilfe bei der Realisierung ihrer rechtlichen Ansprüche, bei Rehabilitation und der Suche nach geeigneten Ansprechpartnern gegeben werden. Diese Übersicht soll zur Orientierung über Angebote von juristischer, psychologischer und sozialer Hilfe, Betreuung und Beratung dienen.

Es soll nicht nur Opfern politischer Verfolgung, Betroffenen und Angehörigen sondern auch in der Beratung Tätigen Hilfestellungen leisten, um schnell an entsprechende Angebote zu kommen und kompetente Ansprechpartner zu finden.

Dr. Anna Kaminsky